

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Beitrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 40

Sonntag, den 5. Oktober

1913

Der sozialdemokratische Parteitag.

Wie alljährlich, so setzten auch diesmal wieder verständnislose Gegner ihre Hoffnung auf die innere Zerlegung der Sozialdemokratie, die auf deren Parteitag zum Ausdruck kommen sollte. Aber wie immer, so wurde auch diesmal diese Hoffnung zuschanden. Bürgerliche Politiker verstehen eben nicht den Geist proletarischer Solidarität, darum auch nicht den Freimuth, der die in allen Parteidiskussionen auftretende Kritik trägt. Nicht minder ist ihnen das demokratische Pflichtgefühl fremd, das sich der getroffenen Entscheidung fügt, unbeschadet der allezeit gewährten Freiheit der Kritik, die der nach ihrer Ueberzeugung besseren Ansicht die Bahn freizumachen sucht. Darum werden sich die heißen Wünsche der Gegner nie erfüllen. Denn so lange die Freiheit der Selbstkritik der Partei gewahrt wird, ist eine innere Zerlegung der Partei völlig ausgeschlossen.

Der Parteitag in Jena hat diese Auffassung wiederum bestätigt. Die Kritik an Handlungen des Parteivorstandes hat nur klärend und festigend gewirkt. Und auch in den Hauptfragen, die diesmal den Parteitag beschäftigten, trat dies zutage.

Hestige Auseinandersetzungen hatten vor dem Parteitage über die Frage des Massenstreiks in der Partei- und Gewerkschaftspresse der Vermutung Raum gegeben, es werde gerade in dieser Frage zu bedenklichen Zusammenstößen auf dem Parteitage kommen. Nichts dergleichen ist jedoch zu unserer Verneinung geschehen. Im Gegenteil, die Anschauungen haben sich trotz objektiv scharfer Diskussion, die sich auf anerkannter Höhe zeigte, erfreulich einander genähert. Kein einziger Mensch in der Sozialdemokratie will den Massenstreik für sekundäre Forderungen oder zu putzschichtlichen Zwecken als Kampfmittel in Anwendung bringen. Wohl aber wurde von einer Seite auf die ernste Vorbereitung der Geister für dieses Kampfmittel hingedrängt und nur vereinzelte Genossen wagten z. B. die Empfehlung des Massenstreiks zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts für den Preussischen Landtag.

Das ist auf dem Parteitag mit einem Male anders geworden. Sah die Resolution des Parteivorstandes einer Dämpfung der Diskussion über den Massenstreik vorzuziehen, so wurde sie in diesem Sinne auch zunächst empfohlen, so änderte sich das im Laufe der Verhandlungen insofern, als Mitglieder des Parteivorstandes apodiktisch erklärten, entweder kommt das allgemeine Wahlrecht oder der Massenstreik. Selbstverständlich ist das immer unter dem Vorbehalt zu verstehen, daß alle Voraussetzungen und Bedingungen für die Ausführung vorhanden sind; aber es bedeutet doch eine Wendung und ein Vorwärtsdrängen, daß der Parteivorstand sich trotz seiner Resolution dazu verstanden hat. Das muß zu einer besseren und einmütigeren Behandlung der Frage hinführen. Wir sind mit diesem Ausgang der Verhandlung trotz der Annahme der Vorstandesresolution befriedigt, obgleich eine Dämpfung in ihr enthalten ist. Die Deklaration, die ihr der Parteivorstand selbst gegeben hat, stimmt freilich mit dieser Dämpfung nicht überein, sondern geht über sie hinweg. Das ist jedoch eben das Ergebnis der Beratung, und man sieht, wie die ernsthafte Beratung die Anschauungen einander näher bringt.

Einheitsartig war der Parteitag in der Frage der Arbeitslosenversicherung. Nicht scharf genug mußten alle Redner die Brutalität zu kennzeichnen, mit der die bürgerliche Gesellschaft die Opfer ihrer eigenen Wirtschaftsmethode preisgibt. Der Parteitag fordert in seiner Entschliebung die Hilfe aller öffentlichen Gewalten, des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden für die von der kapitalistischen Ausbeutung auf die Straße gesetzten Arbeiter, zumal die fortschreitende Krise das Elend der Unglücklichen täglich mehrt. Es wird aber noch dringlicherer Aufforderungen bedürfen, ehe die genannten Faktoren sich zum Eingreifen veranlaßt sehen.

Nun, daran wird es nicht fehlen, denn Partei und Gewerkschaften werden zusammenwirken, um das Los der hungernden Arbeitslosen zu erleichtern. Einstweilen gibt man sich in den herrschenden Kreisen noch dem Bemühen hin, die wirtschaftliche Depression zu verschleiern und über ihre schrecklichen Folgen hinwegzutäuschen. Erst dann, wenn der Hunger die Arbeitslosen massenhaft auf die Straße treibt, wird es dem honesten Bürgertum eindringlicher gemacht werden, welches Elend die bürgerliche Ordnung birgt und wie nötig es ist, helfend einzugreifen.

Die größte Meinungsabgrenzung bestand in der Steuerfrage. Und, um es gleich vorweg zu nehmen, es ist auch zu keiner einigenden Verständigung auf dem Parteitage gekommen. Die Diskussion über die Steuerfrage ist mit der Entscheidung des Parteitages nicht geschlossen, ja, es ist eher anzunehmen, daß sie gerade bei dem ersten Falle, den die sozialdemokratische Fraktion im

Reichstage nach der mit über Zweidrittelmehrheit beschlossenen Resolution zur Entscheidung zu bringen hat, mit verstärktem Eifer einsehen wird.

Die Mehrheit des Parteitages gab dem Wortlaut der Resolution den Vorzug, die direkte Steuern für Militärvorlagen zu bewilligen, wenn indirekte Steuern drohen, während die Minderheit in einer Resolution die Ablehnung aller Steuern, die für den Militarismus gefordert werden, verlangte. Die Debatten bewegten sich zwischen diesen beiden Resolutionen und haben keine volle Klarheit über die Steuerfrage und die Stellung der Reichstagsfraktion gebracht. Ebenjowenig ist die angenommene Resolution eine klare Richtschnur für künftige Fälle. Theoretiker und Praktiker der Partei werden sicherlich nicht verfehlen, die Frage weiterhin zu behandeln, und wir können nur wünschen, daß dieses Bemühen von besserem Erfolge begleitet sein möge, als die Arbeit des Parteitages.

Wenn der Moloch Militarismus in schnellerer Folge mit neuen Forderungen an den Reichstag resp. das Volk herantritt, dann wird der Unwille des gesamten Volkes die Partei drängen, die schärfsten Maßnahmen dagegen zu treffen. Bis dahin wird die weitere Besprechung der Frage manches geklärt haben, das heute noch im Dunkel liegt. Um so leichter wird ihr dann die Entscheidung werden.

Auch über die Maifeier sind die Meinungen noch geteilt. Der vorjährige Beschluß, der mit dem Nürnberger Beschluß: Ablieferung des Tagesverdienstes betreffend, aufträumte, ist wieder umgestoßen worden. Folgender Antrag des Parteivorstandes fand eine starke Mehrheit des Parteitages:

„Der Parteitag erwartet von den in Burcaus und Redaktionen der Partei und der Gewerkschaften angestellten Parteigenossen, daß sie im Hinblick auf die Opfer, die die Arbeiter im Kampfe um die Maifeier bringen, ihren Tagesverdienst am 1. Mai an den Maifeierfonds abliefern.“

Mit der Annahme dieses Antrages ist für die nächsten Jahre ein Ausweg aus den Differenzen geschaffen worden, da auch die Gewerkschaftsinstanzen mit diesem Beschlusse einverstanden sind.

Das sind die wesentlichsten Angelegenheiten, die den Parteitag beschäftigten. Sind sie auch nicht von der höchsten Bedeutung für die Partei und für das öffentliche Leben, so waren sie zum Teil doch brennender Natur geworden. Abgeschlossen sind sie durch die Entscheidungen des Parteitages nicht, können es nicht sein, weil die Entwicklung das gesamte öffentliche Leben vorwärts treibt und gerade die Sozialdemokratie als die Partei, die den ununterbrochenen Fortschritt will, bis sie ihre Ziele erreicht hat, der Entwicklung die Bahn freizumachen hat von allen reaktionären Hemmnissen. Sie wird stets mit den Ergebnissen der Entwicklung rechnen müssen.

Von diesem Standpunkte aus waren auch die Verhandlungen des diesjährigen Parteitages geleitet, und eine schätzenswerte Objektivität gab ihnen einen um so wertvolleren Inhalt. Die dabei geübte rückhaltlose Selbstkritik der Partei wirkte belebend und fördernd auf die Verhandlungen, sie zeigt auch die innere Kraft und Festigkeit der Partei. Möge ihr das zum weiteren Gedeihen helfen!

Die vom Parteitag beschlossene Resolution über den Massenstreik hat folgenden Wortlaut:

„Nach dem vom Mannheimer Parteitag (1906) bestätigten Beschluß des Jenaer Parteitages (1905) ist die umfassendste Anwendung der MassenarbeitsEinstellung gegebenenfalls als eines der wirksamsten Mittel zu betrachten, nicht nur um Angriffe auf bestehende Volksrechte abzuwehren, sondern um Volksrechte neu zu erobern.“

Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern ist eine der Vorbedingungen für den Befreiungskampf des Proletariats. Das Dreiklassenwahlrecht entrechtet die Besitzlosen nicht nur, sondern hemmt sie in allen ihren Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung, es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts, die Junkerlaste, zum Beherrscher der Gesetzgebung.

Darum fordert der Parteitag die entrechteten Massen auf, im Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht alle Kräfte anzuspannen in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht siegreich durchgeführt werden kann.

Indem der Parteitag den Massenstreik als unfehlbares und jederzeit anwendbares Mittel zur Beseitigung sozialer Schäden im Sinne der anarchistischen Auffassung verwirft, spricht er zugleich die Ueberzeugung aus, daß die Arbeiterklasse für die Erringung der politischen Gleichberechtigung ihre ganze Kraft einsetzen muß. Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommener Einigkeit aller

Organe der Arbeiterbewegung von Klassenbewußten, für die letzten Ziele des Sozialismus begeistert sind und zu jedem Opfer bereiten Massen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdet für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken.“

Sie treibens arg.

Es ist schier unglaublich, aber wahr, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die Arbeitslosigkeit infolge der Krise zunimmt, anstatt Hilfsaktionen für das Heer der Arbeitslosen vorzubereiten, preussische Minister nichts Besseres zu tun wissen, als die Heereien gegen Arbeiter zu unterstützen, die von Scharfmachern gefährlichster Sorte betrieben wird. Man erinnere sich, daß der jüngst stattgefundenen Handels- und Gewerbetag in Halle von großindustriellen Scharfmachern angeleitet worden war, nach bekanntem Schema ein Ausnahmegesetz gegen organisierte Arbeiter zu verlangen. „Schutz der Arbeitswilligen und Verbot des Streikpostens“ war die Forderung jener Zünftlertagung, die sie den großkapitalistischen Hezern nachplapperte.

Als die Handwerkervertretung sich zu diesem Ruf nach Ausnahmegesetzen hatte mißbrauchen lassen, mußte das Hauptorgan der Großindustriellen, die Rheinisch-Westfälische Zeitung, dies aus und reizte das Zentrum an, dem Rufe nachzugeben, da es dem gewerblichen Mittelstande seine große Stimmenzahl mit verdanke. Demagogisch und heuchlerisch fügte es hinzu, die Großindustrie könne man ignorieren, die Handwerkerkreise nicht mehr; mit anderen Worten: um der Handwerker willen müsse nun ein Zucht-hausgesetz gegen die Arbeiter gemacht werden!

Diese systematische Heze gegen die Arbeiter hat jetzt neue Nahrung erhalten in einer Rede des preussischen Landwirtschaftsministers v. Schorlemer-Lieser. In Erfurt wurde am 21. September eine landwirtschaftliche Ausstellung eröffnet, wo der Minister in seiner Eröffnungsrede unter anderem sagte:

„Ich würde es tief bedauern und als einen unverantwortlichen, nicht wieder gut zu machenden politischen Fehler ansehen, wenn in der gegenwärtigen Zeit, wo die Erhaltung von Eigentum und Besitz, die staatliche Autorität ebenso wie die des Hausherrn und Arbeitgebers in Handwerk, Industrie und Landwirtschaft in Frage gestellt wird, örtliche Reibungen und der gewiß berechtigte Widerstreit von Einzelinteressen Landwirtschaft, Industrie und Handwerk verleiten könnten, ihre großen gemeinschaftlichen Ziele im wirtschaftlichen Kampfe außer acht zu lassen und sich in dem Augenblick zu trennen, wo nur geschlossenes Zusammengehen gegen den gemeinschaftlichen Feind ihre Existenz und auch die unseres Vaterlandes für die Zukunft sichern kann.“

Eine ganz niedliche Anreizung der „Arbeitgeber und Hausherrn in Handwerk, Industrie und Landwirtschaft“ wird hier mit der Aufforderung verbunden, „geschlossen gegen den gemeinschaftlichen Feind zusammenzugehen“. Das gibt einen herrlichen Einblick zwischen dem Minister und der nach Ausnahmegesetzen schreitenden Zunft, Agrariern und Großindustriellen, die alle ihre „Autorität“, richtiger ihre diktatorische Gewalt als Ausbeuter durch draconische Strafgesetze gesichert wissen wollen. Man kann sich ja denken, was hinter den Kulissen geschieht, wenn Minister bereits öffentlich den Scharfmachern so bereitwillig entgegenkommen.

Was kümmert es die wohlbestallten Staatsdiener, die Minister, ob die Krise ganze Arbeiterheere brotlos und zu gefährlichen Konkurrenten der noch in Arbeit befindlichen macht! Was fragen sie danach, daß diese Situation von den Ausbeutern rücksichtslos ausgenutzt wird, insofern, als sie ihre Diktatur noch brutaler den Arbeitern aufzwingen und den Herrenimhaufstandpunkt bis zur nackten Tyrannei ausbilden? Ohne Rücksicht auf diese traurigen Folgen der Krise reizen sie das Ausbeutertum zu noch schrofferem Vorgehen und stellen damit die Mithilfe der Regierung bei der Niederknüppelung der Arbeiter in Aussicht. Statt des Staates Hilfe den hungernden Arbeiterheeren angedeihen zu lassen, reichen sie den Ausbeutern und Unterdrückern der Arbeiter die Hand, die den Hunger als Zuchtpeitsche gegen die Arbeiter schwingen! Und während so der eine Minister die Ausbeuter zu geschlossenem Vorgehen auffordert, sucht der andere durch Beschönigung der wirtschaftlichen Lage das Unternehmertum, den Staat und die Gesellschaft von der Pflicht zu entlasten, für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, die Arbeitslosen, einzutreten.

Man höre nur, was ein anderer preussischer Minister, der Handelsminister Sydow, auf dem Festmahle

Das Anfang September den „Deutschen Bergmannstag“ in Breslau schloß, über die wirtschaftliche Lage sagte:

Die Periode der Hochkonjunktur geht zu Ende, das ist ein natürlicher Vorgang, es besteht aber begründete Hoffnung, daß der Niedergang ohne eine Verschärfung des Wirtschaftslebens durch eine Aufwärtsbewegung ausgeglichen wird. Unser Wirtschaftsleben ist durch und durch gesund, die Kaufkraft des Inlandes ist im Wachsen, der Wohlstand steigt, Leitende und Angestellte haben daran teil, indem sie für das Wohl der wirtschaftlichen Unternehmen ihre Kräfte eingesetzt haben; aber alle Mühen wären vergebens, wenn nicht dem Deutschen Reich der Friede beschert gewesen wäre. Das verdanken wir dem Kaiser, der die Politik in ruhige Bahnen lenkte und noch in der neuesten Zeit dahin wirkte, daß im Ostosten Europas durch einen dauernden Frieden unser Land vor Schädigungen bewahrt bleibe.

Die „Periode der Hochkonjunktur“ war anfangs September der Krise längst gewichen, die Arbeitslosigkeit wurde bereits damals in beachtlichem Maße von amtlichen Ausweisen bestätigt. Das müßte ein Handelsminister doch wissen. Gegenüber dieser Tatsache klingt es wie Hohn, daß die „Kaufkraft des Inlandes im Wachsen“ sei. Der Geschäftsgang stockt auffällig, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, je mehr sie zunimmt, nimmt der Verbrauch an Waren ab, die Stockung des Absatzes verhindert den Ankauf wie die Herstellung von Produkten, aber die Kaufkraft des Inlandes wächst und der Niedergang wird durch eine Aufwärtsbewegung ausgeglichen, so fabuliert der Handelsminister. Ausgerechnet der Handelsminister, der von volkswirtschaftlichen Dingen etwas verstehen sollte.

Wenn das nicht bare Unwissenheit über volkswirtschaftliche Vorgänge, überhaupt über das Wesen der kapitalistischen Produktion ist, dann ist dieses Gerede als eine unverantwortliche, frevelnde Beschönigung der wirtschaftlichen Lage zu betrachten, die aber ganz gut als Ergänzung der Rede des Landwirtschaftsministers paßt.

Besser können die Träger des traurigen Systems staatlicher und privater Ausbeutung und Unterdrückung gar nicht ineinander greifen. Der eine Minister beschönigt die wirtschaftliche Lage, um ein staatliches Eingreifen für die Opfer der Krise, die Arbeitslosen, als überflüssig erscheinen zu lassen und so nebenher den Blick von der Schuld der bürgerlichen Gesellschaft abzulenken — der andere Minister unterfährt die Hege der Ausbeuter und Scharfmacher und sucht dadurch den Glauben zu erwecken, als ob die organisierten Arbeiter ein Hemmnis der Industrie, überhaupt der gesamten nationalen Wirtschaft seien, denen nur mit der Zuchttrute von Ausnahmegesetzen beizukommen sei.

Für wahr, das ist ein edles System der Volkstauschung und Volkserziehung, das eben nur in der kapitalistisch verfaßten und verrotten bürgerlichen Gesellschaft bestehen kann. Mit Abscheu und Widerwillen muß jeder Einsichtige dieses System durchschauen, mit zorniger Empörung wird es von den Arbeitern, gegen die es sich richtet, gekämpft und bekämpft. In der Geschichte wird es einst als das verabscheuenswürdigste gebrandmarkt werden.

Die arbeitenden Massen verrichten in der Tat eine heroische Kulturtat, wenn sie den Kampf zur Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems mit allen Kräften führen, das die tiefste Herabwürdigung der Menschheit bedeutet. In der Zeit der Krise eine Hege gegen die organisierten Arbeiter zum Zwecke der Erzwingung von Ausnahmegesetzen zu entfalten, statt staatliche Hilfsmittel für die Arbeitslosen zu gewähren, das ist der Gipfel der kapitalistischen „Gewissenhaftigkeit und Arbeiterfürsorge“.

Die Berner Arbeiterschutzkonferenz.

Die internationalen Konferenzen europäischer Regierungen zum Zwecke der Herbeiführung möglichst einheitlicher Arbeiterschutzbestimmungen sind weit entfernt, die Forderungen der organisierten Arbeiter der teilnehmenden Staaten anzuerkennen. Die Beratungen resp. Ueber-einkünfte hinten noch hinter dem her, was sich die Arbeiter zum Teil auf privatem Wege, zum Teil in Gesetzgebungen errungen haben. So auch die jetzt in Bern tagende Konferenz.

Endgültig abgeschlossen sind die Beratungen der Konferenz noch nicht, aber was jetzt bereits darüber bekannt geworden ist, bestätigt nur das oben abgegebene Urteil. Es wird unter anderem darüber berichtet:

„Die Beratungen über die Entwürfe für die zwei neuen Arbeiterschutzkonventionen kamen zum Abschluß. Die Kommission 2, die das Projekt eines zehn Stunden Tages für Frauen und Jugendliche zu behandeln hatte, war schon eher fertig geworden. Der zehn Stunden Tag wurde im Prinzip angenommen, doch wurde auf Begehren Englands die 60-Stundenwoche in dem Sinne zugelassen, daß bei freiem Sonnabendnachmittag an den übrigen Werktagen zehn einhalb Stunden gearbeitet werden darf. Für Jugendliche wurde in der Anlehnung an den Beschluß der Kommission 1 die Altersgrenze auf 16 Jahre festgesetzt. Das Hauptproblem der Konferenz, das im Schoße der Kommission 1, betreffend ein Nachtarbeitsverbot für Jugendliche, zur Entscheidung kam, war eben die Frage nach der Altersgrenze. Man entschied sich für das 16. Jahr, während die internationale Vereinigung für Arbeiterschutz das achtzehnte vorge schlagen hatte. Es lagen drei Anträge vor, über die parallel abgestimmt wurde. Für den ersten Antrag auf 18 Jahre traten nur wenige Staaten ein, unter denen sich Frankreich, England und die Schweiz befanden. Dann wurde ein Vermittlungsantrag der Niederlande, auf 17 Jahre lautend, erliebt. Er erhielt ebenfalls wenige Stimmen wie der Antrag auf 18 Jahre. Dann vereinigte die große Mehrzahl der Staaten sich auf 16 Jahre. Nicht nur Deutschland, sondern auch Belgien, Desterreich-Ungarn und Italien hatten erklärt, nicht weiter als bis zu 16 Jahren gehen zu können.“

Lange Beratungen erforderten sodann die Bestimmungen, die für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren Ausnahmen vom Nachtarbeitsverbot gestatten oder die das Inkrafttreten dieses Verbots für gewisse Zweige der Glas- und Metallindustrie hinausschieben. In Anbetracht, daß die Industrie im allgemeinen an Arbeitskräften Mangel hat, stieg die Tendenz, die Ausnahmestimmungen gegenüber dem Entwurf zu erweitern. Namentlich Belgien und Desterreich sollen für eine Privilegierung ihrer Industrien energisch eingetreten sein, während Deutschland mehr am Entwurf festhalten wollte.“

Schon aus diesen kurzen Mitteilungen leuchtet die Eng-herzigkeit scharf hervor, die die Beratungen beherrschte.

Die deutsche Regierung hält es sogar für notwendig, sich wegen ihrer Haltung auf dieser sogenannten Arbeiterschutzkonferenz zu verteidigen. Sie will nicht der treibende Faktor in der Verschlechterung des der Kommission vorliegenden Entwurfs gewesen sein. Nun, der Bericht sagt mit aller Deutlichkeit, daß Deutschland auf der Seite der sozialpolitisch rückständigen Staaten stand, die nicht von der Ausbeutung der Jugend lassen wollten. Frankreich, England und die Schweiz traten für die Altersgrenze von 18 Jahren ein, Deutschland aber an der Spitze von Desterreich und Italien erklärte, nicht weiter als bis zu 16 Jahren gehen zu können.

Wenn die internationale Regelung keinen anderen Zweck haben soll, als daß die sozialpolitisch und wirtschaftlich rückständigen Staaten den Ton angeben, dann ist es schon besser, man verzichtet auf jede internationale Vereinbarung. Man braucht sich allerdings über den Ausgang der Konferenz nicht weiter zu wundern, wenn man berücksichtigt, daß Ministerialrat Caspar der Vertreter der deutschen Regierung aus der Konferenz war, jener Beamte vom Reichsamt des Innern, der schon bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung die Vertretung der Interessen des Unternehmertums als seine vornehmste Aufgabe betrachtete.

Rundschau.

Die Altersgrenze für die Altersrente. Es haben über die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente Erhebungen stattgefunden, deren Ergebnis dem Reichstag noch in diesem Jahre in einer Denkschrift mitgeteilt werden wird. Zur Vorbereitung für die Entschlüsse des Bundesrats wurde eine Kommission aus Regierungsvertretern und Sachverständigen gebildet, auf deren Veranlassung eine Auszählung sämtlicher Versicherungsarten in den Altersklassen vom 60. bis 65. Lebensjahre von den Landesversicherungen vorgenommen wurde. Auf diese Weise wurde ermittelt, wieviel Versicherte in jeder Altersgrenze vorhanden sind, bei einer Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre Anspruch auf den Bezug der Altersrente hätten. Auf Grund dieser Auszählungen hat man die Belastung durch die Herabsetzung auf insgesamt jährlich 13 1/2 Millionen Mark errechnet. Daraufhin wurde eine sachverständige Nachprüfung von der zuständigen Stelle ausgeführt. Das Ergebnis dieser Nachprüfung wird in der für den Reichstag bestimmten Denkschrift niedergelegt werden, die die Unterlage für die Entscheidung des Reichstages bilden dürfte, ob die Herabsetzung der Altersgrenze stattfinden soll. Die Mehrausgabe von nur einem Duzend Millionen Mark drängt auf die Herabsetzung der Altersgrenze, die stets von sozialdemokratischer Seite verlangt wurde.

Die Neuregelung der Sonntagsruhe. Der dieser Tage inhaltlich schon knapp skizzierte Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe wird in seinen Einzelheiten bekannt gegeben. Die Vorlage besteht aus 15 Paragraphen, die im wesentlichen folgendes befehlen:

Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter dürfen im allgemeinen am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttag überhaupt nicht, im übrigen an Sonn- und Festtagen wie folgt beschäftigt werden: In den offenen Verkaufsstellen ist eine Beschäftigung bis aus drei Stunden zulässig. Die höheren Verwaltungsbehörden können für Orte, in denen die Bevölkerung aus der weiteren Umgebung an Sonn- und Festtagen die offenen Verkaufsstellen aufzusuchen genötigt ist, eine Beschäftigung bis zu vier Stunden zulassen. Die Gemeinde oder ein weiterer Kommunalverband können durch statutarische Bestimmung die dreistündige Beschäftigung für alle oder einzelne Gewerbe auf kürzere Zeit einschränken oder ganz unter sagen. Die Polizeibehörde kann alljährlich für höchstens sechs Sonn- und Festtage, an denen örtliche Verhältnisse einen weiteren Geschäftsverkehr erforderlich machen, in offenen Verkaufsstellen eine Beschäftigung bis zu zehn Stunden zulassen. In den Kontoren und verbundenen Betrieben des Handels und Gewerbes kann die höhere Verwaltungsbehörde sowie durch statutarische Bestimmung die Gemeinde oder ein weiterer Kommunalverband eine Beschäftigung bis zur Dauer von zwei Stunden zulassen. Diese letztere Bestimmung gilt auch für Angestellte der Speditionen, der Versicherungsunternehmen, der Versicherungsgesellschaften und Makler, Annoncenexpeditionen, Stellenvermittler, Auskunftsstellen, Sparkassen und Konsumvereine. In Betrieben des Handelsgewerbes, die am Sabbat und an jüdischen Feiertagen gänzlich ruhen, dürfen Angestellte von fünf Stunden mit der Maßgabe beschäftigt werden, daß die Geschäftsräume für den allgemeinen Verkehr geschlossen bleiben. Weiterhin werden dann Ausnahmen festgesetzt für Arbeiten, die im Notfall oder im öffentlichen Interesse, für gesetzlich vorgeschriebene Inventuren, zur Verhütung des Verderbens der Rohstoffe oder zur Verhinderung des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen vorgenommen werden. Die höhere Verwaltungsbehörde kann auch für solche Gewerbebezüge, deren voll-

ständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, Ausnahmen von den Vorschriften über Beschäftigung in den mit offenen Verkaufsstellen verbundenen Betrieben des Handelsgewerbes zulassen.

Endlich wird noch bestimmt, daß diese Vorschriften einer weitergehenden Beschränkung des Gewerbebetriebes an Sonn- und Festtagen durch Landesgesetz oder Landesrechtliche Verordnung nicht entgegenstehen. Mit Geldstrafe bis zu 600 M eventuell Haft wird jede Zuwiderhandlung gegen diese Vorschriften bestraft. Auf den Verkauf von Arzneimitteln und Gegenständen der Krankenpflege in Apotheken und den von Speisen, Getränken und Genussmitteln in Gast- und Schankwirtschaften zum Genuß auf der Stelle, auf Musikausführungen und Schaustellungen, theatralische Vorstellungen und sonstige Lustbarkeiten, sowie auf das Verkehrs-gewerbe findet dieses Gesetz keine Anwendung.

Alle Schäden der wirtschaftlichen Entwicklung. Diese Binsenwahrheit lehren eindringlich die Nahrungsmittel-zölle in Deutschland. Um 1200 Millionen Mark mindestens wird das deutsche Volk jährlich durch die Nahrungsmittelzölle ausgepowert. Natürlich wird dadurch besonders die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung geschwächt, worunter die gesamte Warenproduktion leidet — die wirtschaftliche Entwicklung wird gehemmt. Das hat jetzt auch ein landwirtschaftlicher Kongreß in Kiev erkannt, der für die kommende Revision des deutsch-russischen Handelsvertrages eine Herabsetzung der Getreidezölle für Rußland und Deutschland befürwortete. Unsere deutschen agrarischen Schnapphähne wollen davon aber nichts wissen. Das Volk mag nur zahlen, wenns auch hungert!

Der Staat soll den Agrariern billige Arbeitskräfte zuzugangen, so will es die „Deutsche Tageszeitung“, die der Regierung folgende Vorwürfe macht:

Bekanntlich hat der Reichstag in der Heeresvorlage neue Festungsbauten bewilligt. Aus der Umgebung von Graubenz wird uns geschrieben, daß bei den dortigen Bauten durchweg inländische Arbeiter beschäftigt werden. Eine Beschäftigung ausländischer Arbeiter bei den Straßenbauten, die nicht von der Militärverwaltung selbst ausgeführt werden, sondern an ein Tiefbaugeschäft vergeben sind, ist nicht gestattet. Dagegen sollen bei den späteren Fortsbauten nur Italiener verwendet werden. Selbstverständlich kommen die inländischen Straßenbauarbeiter in erster Linie aus der Landwirtschaft. Unser Gewehrsmann schreibt uns, daß fünf junge Leute im Alter von 18 bis 24 Jahren, die früher auf dem Gute gearbeitet hätten, die Arbeitsstätte verlassen haben, um bei den Straßenbauten beschäftigt zu werden. Daß darin eine Gefahr für die dortige Landwirtschaft liegt, die ohnehin mit der Leutenot schwer zu kämpfen hat, ist klar. Es ist unseres Erachtens die unabwendbare Pflicht der Heeresverwaltung, dafür zu sorgen, daß die Landwirtschaft nicht auch in diesem Punkte die Leidtragende ist. Wir begnügen uns vorläufig mit dieser Anregung, die unseres Erachtens bei der Beratung des Heeresetats im Reichstage wiederholt werden möchte, wenn bis dahin noch nicht Abhilfe eingetreten sein sollte.“

Da zeigt sich der „Patriotismus“ der Agrarier, die immer für den „Schutz der nationalen Arbeit“ schwärmen, wieder einmal im hellsten Glanze. Sie finden den Anspruch der Mittelständler, an den aus der großen Wehrvorlage resultierenden Arbeiten beteiligt zu werden, wie die „Deutsche Tageszeitung“ selbst mehrfach befundet hat, für durchaus berechtigt. Aber deutsche Arbeiter sollen bei diesen Arbeiten nicht verwendet werden, vielmehr sollen nach Meinung der agrarischen „Patrioten“ möglichst nur Ausländer dazu herangezogen werden, damit nicht den Großagrariern die Arbeitskräfte entzogen werden und die Knappheit der Arbeiter sie zwingt, bessere Löhne zu zahlen und die Arbeitsverhältnisse im ganzen besser zu gestalten. Das ist wirklich eine große „Gefahr“. Aber nicht für die Landwirtschaft, sondern nur für den Geldbeutel der Groß-agrarier.

Die 1. Konferenz der Internationalen Berufssekretäre fand in Zürich am 19. September, gleich nach Schluß der Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, statt. An der Konferenz nahmen teil: A. Mohs-Berlin für das internationale Sekretariat der Arbeiter öffentlicher Betriebe (rund 100.000 Mitglieder), D. Wilmann-Hamburg für die Internationale der Bäcker (87.000), Fr. Paeplow-Hamburg für die Bauarbeiter (485.000), Otto Sues-essen und Smillie-England für die Bergarbeiter (1.225.000), M. Ebel-Berlin für die Brauereiarbeiter (181.000), E. Kloth-Berlin für die Buchbinder (50.000), P. Stautner-Stuttgart für die Buchdrucker (140.000), F. Ehlhorn-Berlin für die Freilehrer (45.000), E. Girbig-Berlin für die Glasarbeiter (43.000), Th. Weipart-Berlin für die Holzarbeiter (350.000), A. Meißner-Alten-burg für die Kutarbeiter (30.000), G. Wollmann-Char-lottenburg für die keramischen Arbeiter (30.000), Finnen-Amsterdam für die Handlungsgehilfen (65.000), D. Siltner-Berlin für die Lithographen (34.000), A. Tobler-Hamburg für die Maler (72.642), A. Schilde-Stuttgart für die Metallarbeiter (über eine Million), J. Sassenbach-Berlin für die Sattler (18.000), J. Simon-Mürnberg für die Schuhmacher (104.000), R. Kolb-Berlin für die Stein-arbeiter (75.000), A. Knoll-Berlin für die Steinseher (13.000), Th. Shaw-Manchester für die Textilarbeiter (553.000), Reichmann-Bremen für die Tabakarbeiter (62.000), S. Jochabe-Berlin für die Transportarbeiter (860.000), A. Drunzel-Berlin für die Töpfer (17.000), F. Schrader-Hamburg für die Zimmerer (85.000). Insgesamt sind 5,6 Millionen den Berufsinternationalen ange-geschlossene Arbeiter vertreten. Nur die internationalen Sekretariate der Diamantarbeiter, Fleischer, Gastwirts-gehilfen, Kürschner und Schneider sind nicht vertreten. Dagegen nehmen die Vertreter der Landeszentralen an-ber Konferenz als Gäste teil. Nachdem Legien, der Prä-sident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die Kon-ferenz eröffnet hat, wird Schilde (Metallarbeiter) zum Verhandlungsleiter bestimmt.

Konrad Gräbener †

Am Donnerstag, den 26. September, ist unser alter treuer Kollege **Konrad Gräbener** im Alter von 67 Jahren nach langen schweren Leiden verstorben. 50 Jahre lang hat Gräbener in der Hanauer Arbeiterschaft seinen Mann gestanden. Am 25. Mai 1846 wurde Gräbener in Hanau geboren; nachdem er aus der Schule entlassen war, lernte er Zigarrenmacher. Nach dem Streik in Hanau, anfangs der sechziger Jahre, lernte unser Kollege die Teppichweberei. Als diese Fabrik später wieder einging, lehrte Gräbener wieder zu seinem Beruf zurück. Durch die Verhältnisse gezwungen, mußte er, wie so mancher Kollege, sich selbständig machen, aber trotzdem hat er stets treu zu seinen Kollegen gestanden und sich ehrlich und rechtschaffen durch das Leben geschlagen. Gräbener war kein Schmeichler und Heuchler, sondern ein offener, rechtschaffener Charakter. Gräbener hat in der Gewerkschaft, wie in der Partei seine volle Pflicht getan. Er war in den neunziger Jahren Kreiswahlvereinsvorsitzender für den Wahlkreis Hanau-Gelnhausen-Orb, er war langjähriger 1. Bevollmächtigter unseres Verbandes und mehrfach als Delegierter zu unseren Verbandstagen gewählt; er war rebnerisch für die Gewerkschaft und Partei tätig, solange seine Kräfte hierfür ausreichten. Gräbener kann als Vorbild dienen, wie man von der frühesten Jugend bis zum Grabe sein ganzes Wissen und Können in den Dienst der unterdrückten und ausgebeuteten Menschheit stellt. Alle, die Gräbener kannten, werden sein Andenken in hohen Ehren halten.

Krise und Tabakarbeiter.

Die Gesetze des Kapitalismus sind für die Arbeiter mörderischer Art; sie nehmen keine Rücksicht auf Jung und Alt, Männer und Frauen; sie stoßen erbarmungslos auch die Besten und Tüchtigsten ins bodenlose Elend. Wir Tabakarbeiter wissen davon ein bitteres Lied zu singen. Nicht nur, daß der Arbeiter um den Ertrag seiner Arbeitsleistung geprellt wird, viele besonderen Erscheinungen kennen wir, die in ihrer Wirkung außerdem eine furchtbare Bedrückung für die Arbeiterschaft bedeuten und ihr den Daseinskampf erschweren. Verheerenden Seuchen gleich ziehen von Zeit zu Zeit Krisen durchs Land, die das ganze Wirtschaftsleben erschüttern. Die Opfer der Krisen in allen Berufen fallen wie die Fliegen, die Arbeitslosigkeit mit all ihren Schrecken, von denen die Leute von der fatten Moral keine Ahnung haben, bringt schier den Geduldsigsten zur Verzweiflung. Und wer noch Arbeit hat, legt sich und den Seinen die bange Frage vor: Wie lange noch?

Oft genug haben die deutschen Tabakarbeiter Krisen ertragen müssen, und wenn auch nicht alle von gleicher Heftigkeit und Dauer waren, so wirkten sie doch manchmal fast vernichtend; ja wir behaupten nicht zu viel, wenn wir sagen, daß die heftigen und andauernden Krisen in der Zigarrenindustrie in manchen Orten die Arbeiter nicht nur dezimiert, sondern sie zum Aussterben gebracht haben; dort, wo noch ein Rest vorhanden, ist der Verdienst, selbst vom Zigarrenarbeiterstandpunkt aus betrachtet, was schon etwas sagen will, hundemäßig schlecht. Die Fabrikanten sind nicht verlegen gewesen, indem sie in den Sturm- und Drangperioden der deutschen Zigarrenindustrie in der Produktionsverbilligung auf Kosten der Arbeiter ein Mittel zum Ausgleich hatten.

Die Tabakindustrie ist, wie alle anderen Industrien, natürlich den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaftsform unterworfen. Was in anderen Berufen im allgemeinen als Krisenursache gilt, muß auch bei uns dafür angesehen werden. Und da in Zeiten allgemeiner Krisen wohl kaum ein Beruf verschont wird, wird also auch die Tabakindustrie heimgesucht. Ferner ist die Wirkung solcher allgemeinen Krisen auf die Tabakindustrie stärker, als sie auf die allermeisten übrigen Industrien sein wird, indem die unter der allgemeinen Krise notleidende Arbeiterschaft am allerehesten an den nicht zum Unterhalt unbedingt notwendigen Gebrauchsartikeln sparen wird. Und die in der Tabakindustrie hergestellten Waren sind ja nicht so notwendig, als Brot, Kleidung usw. Deshalb wird auch die allgemeine Krise von der Tabakindustrie sehr bald zu spüren sein.

Es können freilich auch partielle Krisen entstehen, d. h., daß in irgend einem Gewerbe ein geschäftlicher Niedergang auf Grund von Ursachen sich bemerkbar macht, die nur für das betreffende Gewerbe wirksam sind nach dieser Richtung. Das kann selbstverständlich auch für die Tabakindustrie in Betracht kommen. Denken wir uns einmal die plötzliche Stockung in der Zufuhr von Sumatra und Java, aus welchem Grunde, ist im Augenblick gleichgültig. Das würde eine schlimme Wirkung in der deutschen Zigarrenindustrie auslösen. Ein keines Beispiel dieser Art haben wir zurzeit in unserer Zigarettenindustrie in der mangelhaften Einfuhr türkischer Tabake infolge der Balkankriege. Nicht umsonst wird übrigens über die rapide gestiegenen Rohabapreise bei uns geklagt.

Aber wenn wir von häufigen Krisen in der Tabakindustrie reden, so würden, soweit wir unter den allge-

meinen Krisen leiden, die Krisen bei uns eben nicht häufiger gewesen seien, als wir überhaupt allgemeine Krisen beobachten konnten; auch mit mancher anderen, in den speziellen Berufsverhältnissen zusammenhängenden Depression hätten sich die Tabakarbeiter noch abgefunden, wenn sie auch begreiflicherweise größtenteils nach einer Wirtschaftsform streben, die auf einer höheren Grundlage beruht, als die kapitalistische. Aber die Reichsgesetzgebung hat nun schon seit Jahrzehnten die Tabakindustrie in der unerantwortlichsten Weise in Atem gehalten, so daß wir von einer Krise in die andere gerissen worden sind. Die Tabakarbeiter, die unter den Krisenercheinungen des gesamten Wirtschaftslebens infolge ihres geringen Verdienstes besonders schwer gedrückt werden, müssen sich gefallen lassen, noch extra hin und wieder ausgebeutet zu werden. Das haben sie vor allen anderen Arbeiter „voraus“. Oder hat der große Überlaß von 1879 etwa keine Krise in der Tabakindustrie herbeigeführt? Und als die Wunden kaum verheilt waren, losern davon überhaupt die Rede sein kann, und ein Steuer- und Monopolprojekt das andere jagte: hat nicht jede solche Kampagne ihre, die Tabakarbeiter niederdrückende Wirkung gehabt? Und unter der Krise, die uns die Gesetzgebung durch die Wertsteuer 1909 gebracht hat, seufzt die Tabakarbeiterchaft heute schwerer denn je! Wir sind jetzt erst mittendrin. Jetzt erst kommen die Fabrikanten dazu, die Wirkung durch Produktionsverbilligung auf die verschiedenste Weise vollständig zu paralysieren; derartige Verringerungen sind in ein paar Tagen nicht gemacht, und so kommt es, daß erst jetzt die Tabakarbeiter die ganze Wucht der Steuerkrise zu spüren bekommen. Nur gut, daß man uns infolge unserer Organisation das Fell nicht ganz über die Ohren ziehen kann. Und ist das Ende dieser Krise schon abzusehen? Keineswegs.

Aber schon drohen neue schwere Gefahren. Wir wollen gar nicht an neue Steuerpläne denken, obgleich auch diese bei der Unerfährlichkeit des Militarismus nicht ausgeschlossen sind. Aber eine allgemeine Krise, wie sie uns bekanntlich regelmäßig nach einigen Jahren flotten Geschäftsganges heimlich, steht bevor. Steht bevor? Nein, sie ist schon da! Das Angebot von offenen Arbeitsstellen sinkt erheblich, die Zahl der Arbeitslosen schwillt bereits bedenklich an, wie lange noch, und Handel und Wandel stoden überall, ein wirtschaftlicher Tiefstand mit all dem furchtbaren Jammer ist da.

Und nun bedenke man: Die Wertsteuer traf uns in einer Zeit allgemein guten Geschäftsganges, es war Hochkonjunktur. Und wie schrecklich war die Wirkung trotzdem! Jetzt, wo sich die Wirkung am schlimmsten zeigt, müssen wir uns obendrein auch noch bequemem, mit der Wirkung der allgemeinen Krise zu rechnen. Wir haben oben schon kurz skizziert, wie gerade die Tabakindustrie zuerst, am schwersten und am längsten unter der allgemeinen Krise leidet. Und dazu der jetzige Zustand! Was soll da werden? Wie soll das enden? Da hilft alles Fragen nicht, da muß gehandelt werden!

Wenn in einem Berufe die Verhältnisse so liegen wie bei uns und wie sie oben kurz angedeutet worden sind, wie es übrigens die Tabakarbeiterchaft ja auch selbst weiß, so sollten die Bedrängten und Bedrückten, also die Tabakarbeiter, sich nicht Raft noch Ruhe gönnen, bis sie eine Organisation geschaffen, die eine starke Wehr in solchen Gefahren ist. Keine andere Arbeitergruppe hat es so dringend nötig, für die Erstarkung ihrer Organisation zu sorgen, wie gerade die Tabakarbeiter; denn keine Arbeitergruppe hat mit solchen wirtschaftlichen und geschäftlichen Gefahren zu rechnen, wie diese. In solchen Situationen gleichgültig sein, ist eigentlich weiter nichts als wirtschaftlicher Selbstmord. Auch der Blödsinn muß doch einsehen, daß derartige Zustände erstens stärkere Abwehrmaßregeln erfordern, damit die Unternehmer trotzdem nicht in der Lage sind, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, zumal ihnen das in solchen Zeiten leichter fällt als sonst; und zweitens ist die Lebenshaltung der Tabakarbeiter so niedrig, daß ein Stillstand im Kampf um die Verbesserung derselben unter keinen Umständen sein darf.

Mehr denn je muß gegenwärtig die Agitationsarbeit angepannt werden. Die Gefahr muß jedem Tabakarbeiter und jeder Tabakarbeiterin einen nie gekannten Eifer eingeben. Es war wirklich dringend notwendig, daß wir uns mehr auf den Kampfcharakter unseres Verbandes besannen. Wir können kämpfen, das haben wir bewiesen, wir werden es künftig noch viel mehr müssen. Inwiefern wir künftig bestimmend auf die Zustände, soweit wir Tabakarbeiter in Frage kommen, einwirken können, hängt zum nicht geringen Teil von der Agitations- und Organisationsarbeit unserer Kollegen und Kolleginnen ab.

Lohnämter für die Heimarbeiter.

Das ungeheure Elend der in der Heimarbeit beschäftigten Personen hat schon längst die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf sich gelenkt. In zahlreichen Schriften wird das Elend der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen geschildert, aber an praktischen Mitteln zur Eindämmung fehlt es noch bis jetzt. Die Regierungen und die bürgerlichen Parteien kümmern sich herzlich wenig um die Heimarbeiter. Und der Einfluß der Arbeiter auf die Gesetzgebung ist noch nicht stark genug, um Gesetze zur Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Heimarbeiter veranlassen zu können. Wie mangelhaft das soziale Verständnis und das soziale Empfinden der bürgerlichen Parteien ist, beweist am besten das deutsche Haus-

arbeitgesetz vom 20. Dezember 1911. Seine Bestimmungen treffen hauptsächlich die hygienische Gestaltung der Wohnräume, in denen die Arbeit verrichtet wird.

Aber was helfen solche Gesetze, wenn die Heimarbeiter so miserabel entlohnt werden, daß sie sich keine bessere Wohnungen leisten können. Was hätte genügt, in der Heimarbeit den Achtstundentag gesetzlich einzuführen, wenn nicht gleichzeitig auch die Minimallöhne festgesetzt würden. Das ist das eigenartige in der Heimarbeit, daß die Lohnfrage der Kardinalpunkt der ganzen Heimarbeiterfrage ist. Ohne Festlegung von Minimallöhnen in der Heimarbeit keine Lösung dieser Frage. Darum war das deutsche Hausarbeitgesetz ein Verlegenheitsprodukt der bürgerlichen Parteien und der deutschen Regierung. Das Gesetz ist nur dazu geschaffen, um die öffentliche Meinung zu beruhigen. Einen wirklichen Schutz bietet das Gesetz den Heimarbeitern kaum.

Die Selbsthilfe durch die gewerkschaftliche Organisation konnte ebenfalls in der Heimarbeit aus verschiedenen Gründen nicht einsetzen. Die objektiven Arbeits- und Lebensbedingungen der Heimarbeiter sind für ein Aufblühen der gewerkschaftlichen Organisation sehr ungünstig. Jeder Arbeiter oder jede Arbeiterin arbeitet isoliert in ihrem Kämmerlein. Sie kommen miteinander nicht in Berührung und interessieren sich nicht für einander. Es fehlt eben die große Fabrik, wo die Leute schon in ihrer Arbeit stets aufeinander angewiesen sind, wo das Solidaritätsgefühl und das Solidaritätsbewußtsein in großem Maße zur Entfaltung kommt. Andererseits ist es die geringe Entlohnung, die als ein starkes Hindernis bei der Organisation der Heimarbeiter in Betracht kommt. Erst wenn die Minimallöhne staatlich festgesetzt wären, dann wäre auch der Boden zur Organisation der Heimarbeiter da. In diesem Sinne hat sich auch der 6. internationale Schneiderkongress, abgehalten in Wien im Juli 1913, ausgesprochen. Nach einem Vortrage vom Reichsratsmitglied Smitka (Wien) über das Thema: „Der gesetzliche Arbeiterschutz in den verschiedenen Staaten“ wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die 6. internationale Konferenz der Schneider macht es den angeschlossenen Organisationen zur Pflicht, die gesetzliche Regelung der Heimarbeit, insofern eine solche noch nicht erfolgt ist, mit aller Macht in ihrem Lande anzustreben. Dabei ist die gesetzliche Festlegung eines zwischen Arbeiter und Unternehmer vereinbarten Minimallohnes als die entscheidene Bestimmung in dieser Gesetzgebung anzustreben.“

Die Konferenz erwartet von allen angeschlossenen Organisationen, daß sie der gewerkschaftlichen Organisation der Heimarbeiter ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden, weil dadurch sowohl die Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Heimarbeit durch eigene Kraft, als auch die Durchführung des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeiter gefördert wird.“

Wir wollen in unserem Artikel auf Grund von Erfahrungen in England den Wert und die Bedeutung der Lohnämtern schildern. Das Gesetz über die Errichtung von Lohnämtern ist im Jahre 1910 in Kraft getreten.

Wie schwer die Heimarbeiter um ihre Existenz kämpfen, beweist folgende Tatsache. Als im Jahre 1912 die Verfasserin des vor kurzem erschienenen Werkes: „Die Heimarbeit, das jüngste Problem des Arbeiterschutzes“, Dr. Käthe Gaebel, in London weilte und sich über die Lohnverhältnisse der Heimarbeiter erkundigte, erhielt sie von Sachverständigen den Rat, in den vier Bänden nachzusehen, in denen die Resultate einer Enquete vom Jahre 1889 niedergelegt sind. Also in der Zeit von mehr als 20 Jahre haben sich die Löhne nicht verändert. In manchen Branchen ging er sogar zurück. Wenn man die Verteuerung der Lebensmittel und der Wohnungen während dieser Zeit in Betracht zieht, so kann man sich denken, welches Elend unter den Heimarbeitern herrscht.

Bevor wir die Wirkungen des Gesetzes auf die Lage der Heimarbeiter schildern, wollen wir unseren Leuten mit dem Inhalt des Gesetzes bekannt machen: Wir geben den Inhalt des Gesetzes wörtlich nach dem oben genannten Buch von Dr. Käthe Gaebel wieder:

„Das Gesetz regelt die Verhältnisse in vier Gewerben, der Kettenstickererei, der Spitzenausstattung, der Schachtelanfertigung und der Kunden- und Stapelschneidererei; unter dieser letzteren sollen alle die Zweige der Schneidererei einbezogen werden, die der Regelung bedürftig erscheinen.“

Das Handelsamt kann auch andere Industrien unter das Gesetz stellen, wenn in ihnen besonders niedrige Löhne gezahlt werden. Haben sich in einem geregelten Gewerbe die Lohnverhältnisse gebessert, so kann das Handelsamt die Regelung wieder aufheben. Zu beiden bedarf es der nachträglichen Genehmigung des Parlaments. Dem Gesetz unterstehen alle Arbeiter der betreffenden Gewerbe, gleichviel, ob sie Heim- oder Werkstättenarbeiter sind. Die Lohnämter setzen sich aus vom Handelsamt ernannten Personen (Unparteilichen), Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen. Die Zahl der Mitglieder eines Lohnamtes wird vom Handelsamt festgesetzt; sie schwankt zwischen 16 und 41 Mitgliedern. In den zwei lokalisierten Gewerben, der Kettenstickererei und der Spitzenausstattung, genügt die Einrichtung eines lokalen Amtes; für die beiden anderen weit im ganzen Lande zerstreuten Gewerbe sind mehrere Distriktsämter vorgesehen, die in einer Spitze münden.

Die Mindestlohnsätze werden in kontraktarischem Verfahren vom dem Zentralgewerksamt festgesetzt; wenn Bezirksausschüsse bestehen, müssen diese ihre Gutachten vorher eingereicht haben, die vom Zentralamt geprüft und mit einander verglichen werden, ehe es den Minimallohn

festsetzt. Die Lohnsätze treten drei Monate nach der Bestätigung in bedingte Kraft, d. h. wenn die Arbeiter sich nicht schriftlich mit einem niedrigeren Satz zufrieden stellen. Wo keine solche Vereinbarung besteht, kann der Unternehmer auf Herausgabe etwa zu wenig gezahlter Löhne verklagt werden, verfällt jedoch nicht in Strafe. Desfentliche Aufträge erhalten nur die Arbeitgeber, die sich auf den festgesetzten Lohn verpflichten. Nach drei bis sechs Monaten gewinnen die amtlichen Lohnsätze Rechtsverbindlichkeit, d. h. sie sind dann einlagbar; gegenteilige Vereinbarungen sind ungültig, und Uebertretungen werden mit einer ziemlich hohen Geldstrafe belegt.

Die Gewerksämter können Zeitlöhne und Stücklöhne festsetzen. Die Löhne können sich nur auf das ganze Gewerbe beziehen oder nur für bestimmte Verfahren oder gewisse Arbeiterklassen festgesetzt werden. Wo nur Zeitlohn vereinbart wurde, kann der Unternehmer den Stücklohn auf Grund des gesetzlichen Zeitlohnes selbst bestimmen, doch muß er in seinen Büchern auf Erfordern der Behörde darzutun können, daß ein Durchschnittsarbeiter den Mindestlohn verdienen kann. Er kann aber auch beim Lohnamt darum einkommen, daß es den Mindestlohn festsetzt, eine Arbeit, die einem ständig tagenden Unterwärtigen zufällt. Eine Ausnahme von den festgesetzten Zeitlöhnen ist nur bei Beschäftigung von alten, invaliden und gebrechlichen Personen gestattet; die Mindestlöhne gelten natürlich auch für diese Arbeiter. Der festgesetzte Lohn ist der, welcher nach Abzug aller Kosten, z. B. beim, Furnituren usw., die bis jetzt der Heimarbeiter trägt, ihm als reiner Lohn übrig bleibt. Zur Durchführung des Gesetzes sind Beamte ernannt, die die Fabriken, Werkstätten oder Ausgabestellen betreten und die Vorweisung der Lohnlisten verlangen dürfen. Falsche Auskünfte werden streng bestraft. Jeder Arbeiter kann Klage wegen zu niedriger Bezahlung erheben oder durch eine andere Person erheben lassen. Auch das Lohnamt kann für den Arbeiter die notwendigen Schritte einleiten.

Die Vorzüge dieses Gesetzes, sowie der ganzen englischen Arbeiterschutzgesetzgebung besteht darin, daß für die Nichteinhaltung der Gesetze hohe Strafen auferlegt werden. Außerdem sind spezielle Beamte bestimmt, die die Sache beaufsichtigen. Ein Mangel des Gesetzes besteht darin, daß den Unternehmern eine Frist von drei bis sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes gegeben wird, während der sie noch zu den alten Bedingungen ihre Arbeiter beschäftigen können. Die Folgen wären eine anstrengende Arbeit während dieser Zeit und eine Arbeitslosigkeit nachher.

Und nun wollen wir die Wirkung der Lohnämter auf die Heimarbeiter schildern. Der erste Vorteil für die Heimarbeiter ist, daß sie ihnen eine Lohnerhöhung bringen. Diese Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage schafft den Boden für eine gewerkschaftliche Organisation der Heimarbeiter. Auch das andere Hindernis für das Aufkommen einer gewerkschaftlichen Organisation schwindet, nämlich der Mangel eines gemeinschaftlichen Zieles. Sie haben jetzt ein gemeinschaftliches Ziel, nämlich die Wahl in die Lohnämter. Es hängt sehr viel davon ab, ob die richtigen Leute in die Lohnämter hineingewählt werden.

Auch die Opferwilligkeit wächst, weil sie einen nahe liegenden Vorteil aus den von ihnen getragenen Opfern erwarten. Aber die Wirkung der Lohnämter auf die Organisationsfähigkeit der Heimarbeiter beschränkt sich nicht nur auf die geregelten Industrien. Auch in den nicht geregelten Industrien beginnt der Gedanke der Organisation unter den Heimarbeitern reif zu werden. Aber noch ein muß besonders hervorgehoben werden, daß die Durchführung der Gesetze am besten dort gelingt, wo es schon gewerkschaftliche Organisationen gibt. Das wird von vielen Seiten bestätigt.

Alles in allem zeigt dieses englische Beispiel, daß die Lohnämter sehr viel dazu beitragen, die Verhältnisse in der Heimarbeit zu bessern. Es ist die Aufgabe der gewerkschaftlichen und der politischen Organisationen der Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß diese Lohnämter überall eingeführt werden.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

Die Gesamteinahmen der Zentralverbände haben sich von 72 088 957 M. (1911) auf 80 233 575 M. erhöht, während die Gesamtausgaben von 60 025 080 M. auf 61 105 675 M. wuchsen. Die Vermögensbestände erhöhten sich von 62 105 821 M. auf 80 797 786 M. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet betragen die Einnahmen 31,71 M. (1911: 31,06 M.), die Ausgaben 24,15 M. (1911: 23,86 M.) und die Vermögensbestände 31,93 M. (1911: 26,76 M.).

Die Gesamteinahmen der Zentralverbände weisen folgende Posten auf:

Einkünfte	470 057
Verbandsbeiträge	64 532 051
Derselbe Beiträge	9 136 215
Extrabeiträge	1 137 252
Streikbeiträge in Streikorten	146 418
Zinsen	1 705 515
Sonstige Einnahmen	3 104 067
Insgesamt	80 233 575

Die durchschnittlichen Einnahmen der Verbände pro Kopf der Mitglieder betragen 31,71 M.; sie gehen auf 14,04 M. bei den Handlungsgehilfen herab, denen die Blumenarbeiter mit 15,81 M. am nächsten stehen, und gehen herauf auf 58,47 M. bei den Buchdruckern, 64,19 M. bei den Notenschreibern und 64,28 M. bei den Lithographen und Steinbildnern.

Von den Gesamtausgaben in Höhe von 61 105 675 M. sind die folgenden Posten besonders hervorzuheben:

Streikunterstützung	35	1 179 102
Arbeitslosenunterstützung	34	405 405
Arbeitslosenunterstützung	45	7 741 240
Arbeitslosenunterstützung (Krankheiten) Unterst. d. d. d.	46	11 486 326
Arbeitslosenunterstützung	48	528 080
Beihilfe in Streikorten	45	1 178 310
Beihilfe in Notfällen	44	515 848
Streik im Beruf	43	12 047 726
Lohnbewegungen ohne Arbeitsstellen	19	195 834
Streik in anderen Verufen und Ausland	46	437 457
Zentrale und lokale Tarifanstalten	14	65 639
Rechtsschutz	48	392 697

Gewerkschaften	48	1 070 752
Verbandsorgan	49	2 604 411
Sonstige Zeitungen	27	92 256
Bibliotheken	94	822 818
Unterichtskurse	20	58 099
Statistiken	15	145 282
Agitation	48	2 841 814
Druckschriften, Broschüren usw.	45	865 888
Stellenvermittlung	20	182 085
Konferenzen und Generalversammlungen	43	509 092
Sonstige Zwecke	49	2 827 070
Beitrag an die Generalkommission	48	274 654
Beitrag zu internationalen Verbindungen	29	87 778
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	44	1 457 280
Projektkosten	18	87 888
Verwaltungskosten (der Hauptkassse) persönliche	50	1 182 520
Verwaltungsmaterial	49	780 669
Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gewe.	47	9 742 419

Von diesen Ausgaben entfielen also (im Vergleich zu denen vom Jahre 1911) auf 1911: 2 890 206, 1912: 3 220 911.

Die durchschnittlichen Ausgaben aller Verbände, pro Kopf der Mitglieder berechnet, betragen 24,15 M. Sie gehen auf die durchschnittlichen Einnahmen um 29,8 M. übersteigen, und gehen auf 10,98 M. zurück bei den Blumenarbeitern. Von den Ausgaben der Lithographen entfielen allein 82,74 M. auf Unterst. d. d. d., davon 49,80 M. auf Streikunterstützung. Den größten Aufwand für Bildungszwecke mit 4,11 M. hatten die Bildhauer.

Die gesamten Verbandsvermögen betragen 80 797 786 M., von denen 62 984 781 M. in den Hauptkassen verbleiben. Im Durchschnitt entfällt auf jedes Gewerkschaftsmitglied ein Vermögensanteil von 31,93 M. (gegen 26,76 M. im Vorjahre). Bei den einzelnen Verbänden schwankt dieser durchschnittliche Vermögensanteil zwischen 228,12 M. bei den Notenschreibern, deren die Buchdrucker mit 151,79 M. zunächst kommen, und 2,04 M. bei den Tabakarbeitern, nach denen die Handlungsgehilfen mit 3,61 M. rangieren.

Eigene Verbandsorgane halten 48 Zentralverbände, von denen 47 auf Kosten des Verbandes gratis geliefert werden, und 1 im Abonnement bezogen wird. Die Gesamtausgabe aller Gewerkschaftsorgane beträgt 2 864 700. Daneben bestehen noch 7 fachtechnische Organe sowie das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“, der „Operaio Italiano“ und die „Dziennik“ für die Mitglieder italienischer und polnischer Zunge. Von den Gewerkschaftsblättern erscheint 1 dreimal in der Woche, 33 wöchentlich, 7 alle 2 Wochen und 7 monatlich.

Der Rückgang der Ausgaben für Unterst. d. d. d. erlärte sich vor allem aus dem verminderten Aufwand im Berichtsjahre für Streikunterstützung. Fast 5 Millionen Mark wurden gegenüber dem Vorjahre und mehr als 7 Millionen Mark gegenüber dem Jahre 1910 an Streikunterstützungen erpart. Wenn es auch im Berichtsjahre an Kämpfen nicht gefehlt hat und besonders im Bergbau ein recht umfangreicher Kampf entbrannt war, so fehlte es doch an so langandauernden Kämpfen wie in den Vorjahren, die große Unterst. d. d. d. summen verschlangen.

Es wurden an Unterst. d. d. d. gezahlt:			
	1910	1911	1912
Messe	1 015 984	1 028 431	1 179 102
Umsatz	816 453	868 865	405 405
Arbeitslose	6 075 522	6 840 544	7 741 240
Kranke	9 028 698	10 266 790	11 486 326
Sterbefälle	884 012	1 045 956	1 178 310
Notfälle	548 567	470 048	515 848
Gewerkschaften	809 788	895 519	1 070 752
Summa	18 678 968	20 414 098	23 526 979

Dagegen wurden für Streikunterstützung verausgabt:

1910	1911	1912
M.	M.	M.
19 608 605	17 808 328	12 485 183*

Die Ausgaben für Streikunterstützung betragen im Berichtsjahre nur wenig mehr als die Hälfte der Ausgaben für die übrigen Unterst. d. d. d. In den 22 Jahren seit 1891 brachten die Zentralverbände 165,6 Millionen Mark für friedliche Unterst. d. d. d. und 121,5 Millionen Mark für Streikunterstützung auf. Von den ersten Unterst. d. d. d. entfielen seit 1891 auf

Arbeitslose	54 270 191 M.
Reisende	15 616 958
Kranke	66 736 450
Umsatz, Not- und Sterbefälle	14 285 257
Gewerkschaften	9 414 121
Invalide	4 615 831
Rechtsschutz	3 577 425

Einige besondere Beachtung verdienen die Ausgaben der deutschen Zentralverbände für die Unterst. d. d. d. ihrer arbeitslosen Mitglieder. Im Berichtsjahre waren alle Mitglieder der Gewerkschaften teils für Arbeitslosigkeit am Orte, teils für solche auf Reisen oder für beides versichert. Die Aufwendungen für diese Unterst. d. d. d. erreichten im Jahre 1912: 8 920 342 M. gegenüber 7 368 975 M. im Jahre 1911, 7 091 506 M. im Jahre 1910 und 7 201 351 M. im Jahre 1909. Seit dem Jahre 1891 haben die Gewerkschaften für ihre arbeitslosen Mitglieder etwa 68 Millionen Mark aufgewendet. Sie haben damit für alle Zeit ihre Priorität auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und zugleich ihren Anspruch begründet, bei der gesetzlichen Regelung dieser Materie als grundlegende Organisation anerkannt zu werden. Sobald nunmehr auch die größten Organisationen des Bergwerkes dazu übergehen werden, ihre Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit am Ort zu unterstützen, dürfte der Einkwand, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung nur einem kleinen Teil der Arbeitslosen und dabei noch nicht einmal den am meisten von der Arbeitslosigkeit Betroffenen zugute käme, halb entkräftet sein, dann es steht jedem Arbeiter der Eintritt in die gewerkschaftlichen Zentralverbände frei und man müßte es sogar von jedem als seine berufliche Pflicht verlangen, daß er sich der Mithilfe bei der Aufrechterhaltung des beruflichen Standes ob- und ohne nicht entziehe und zur Unterstützung seiner Kollegen beitrage. Die Gewerkschaften aber, die schon seit Jahren zum Teil sogar seit Jahrzehnten keine Opfer gespart haben, die Arbeitslosen zu unterstützen und die in ihrer Organisation das System der Versicherung geschaffen und lebensfähig entwickelt haben, das sich selber nicht bloß als das beste, sondern selbst als das einzig brauchbare bewährt hat, dürfen von Reich, Staat und Gemeinde verlangen, daß diese sie für ihre im gemeinsamen Interesse gemachten hohen Aufwendungen schadloß halten und ihnen wenigstens einen Teil der für Arbeitslosenunterstützung veranlagten Summen zurückvergüten. Das Centre System begehrt den Weg, auf dem diese Zurückvergütung am einfachsten zu regeln wäre, und gerade jetzt, angesichts der drohenden Zeiten einer neuen Arbeitslosigkeitsperiode, ist es an der Zeit, daß mit der Einführung des Centre Systems der Arbeitslosenversicherung endlich ernst gemacht wird, denn die Gewerkschaften sind allein nicht imstande, allen den an sie herantretenden Anforderungen der Arbeitslosen zu genügen zu können.

* Mit Inzurechnung der Ausgaben für Lohnbewegungen und Tarifanstalten 12 746 856 M.

Zur Frage der Wickelmaschinen.

Unser österreichisches Bruderblatt schreibt: Die Technik hat auf allen Gebieten der Warenproduktion ungeheure Fortschritte gemacht, und von dieser Entwicklung blieb auch die Erzeugung der Zigaretten nicht verschont. Die Erzeugung der Zigaretten erfolgt heute bei der österreichischen Tabakregie fast ausschließlich durch Maschinen, und nun soll auch die Verpackung durch solche erfolgen. Die rasche Umänderung der Produktion hat aber schwere Nachteile gebracht, die freilich nicht an den Maschinen, sondern durch die krankhafte Sucht, Arbeitspersonen zu ersparen, hervorgerufen werden.

Ganz anders liegt die Frage bei der Zigarrenfabrikation; hier führt die technische Ummwälzung direkt zu einer schweren Krise, die sich schon heute bemerkbar macht und in der Zukunft noch deutlicher in Erscheinung treten wird, wenn nicht rechtzeitig den vorhandenen Notwendigkeiten Rechnung getragen wird.

Die Benutzung der Wickelmaschinen ist mit der Einführung der „Zigarillos“ erfolgt. Dieses Fabrikat nahm im Anfang einen ungeheuren Aufschwung, und die Fabrikation konnte dem steigenden Bedarf kaum nachkommen, um dann ebenso plötzlich wieder zu sinken. Die Erscheinung kommt nicht überraschend. Sobald der Reiz der Neuheit vorüber war, mußte der Konsum auf das natürliche Maß sinken. Dazu kommt, daß die Qualität viel zu wünschen übrig ließ, weil man der Meinung war, daß sich für die Wickel alles Material verwenden lasse, und sogar Bodenabfälle verarbeitet wurden. Die Raucher fanden deshalb sehr rasch, daß das anscheinend billige Fabrikat in Wahrheit teuer war und wendeten sich wieder anderen Fabrikaten zu. Nun ging man daran, die Wickelmaschinen für andere Zigarrensorten zu verwenden.

Die Patentinhaber der Wickelmaschinen hatten es an geschickter Reklame nicht fehlen lassen, so daß sogar tüchtige Fachleute getäuscht wurden. Besonders wurde immer darauf verwiesen, daß zur Bedienung dieser Maschinen ungelernete Arbeitskräfte genügen. Wir haben sofort auf die Unrichtigkeit dieser Behauptung verwiesen. Doch die Verwaltung der Tabakregie ließ sich täuschen, trotzdem man sich leicht von dem Bedenken der organisierten Arbeiterschaft hätte überzeugen können. Betrachtet man die Arbeit der Maschine, dann tritt die Wichtigkeit der Behauptung der Arbeiterschaft sichtbar hervor. Die Maschine arbeitet nur insoweit selbsttätig, als sie das Wickelblatt um die Einlage rollt und dann den Wickel in die Presse einlegt. Die Gewichtsmenge der Einlage selbst als auch die Verteilung im Wickel selbst hängt von der Geschicklichkeit der Arbeiterin ab. Die Arbeit des Schloßers besteht nicht nur darin, die Maschine in Gang zu erhalten, sondern er hat auch die Maschine zu regulieren, damit sie nicht zu fest oder zu lose rollt. Schon aus diesen Ursachen ist die Arbeit an der Maschine qualifiziert, erfordert die notwendigen Kenntnisse, um zu beurteilen, ob die Wickel keine Fehler enthalten und zu verarbeiten sind. Auch die Einlage selbst darf nicht wahllos verteilt werden, von der richtigen Verteilung derselben hängt viel ab, besonders, ob die Zigarre den richtigen Zug hat. Wenn eine Zigarre aus dem besten Material hergestellt wird, aber nicht zieht, so ist das Rauchen kein Genuß. Diese Umstände müssen berücksichtigt werden.

Doch die Maschine hat noch einen anderen Nachteil: Selbst die tüchtigsten Arbeiterinnen sind nicht imstande, so zu arbeiten, daß überhaupt kein Ausschuß entsteht, und derselbe muß entfernt werden, darf unter keinen Umständen eingesponnen und in den Konsum gelangen. Das darf unter der heutigen Anschauung aber nicht geschehen, man will keinen Ausschuß. All diese Umstände führen die Raucherbeschwerden herbei und tragen zum Sinken des Konsums wesentlich bei.

Der große Irrtum der Verwaltung der Tabakregie besteht darin, daß man die Wickelmaschinen als ideale ansieht, welche schon so vollkommen sind, daß mit ungelerten Arbeiterinnen immer und unter allen Umständen tadelloste Arbeit gemacht werden kann. In Wirklichkeit haben jedoch diese Maschinen so schwere Mängel, daß die Frage aufgeworfen werden muß, ob sie überhaupt einen Vorteil bedeuten? Qualifizierte Arbeit werden die Maschinen nur leisten, wenn die angeführten Notwendigkeiten erfüllt sind. Dazu kommt, daß die Wickel unbedingt auf beiden Seiten gepreßt, also gewendet werden müssen. In Betracht muß weiter gezogen werden, daß niemals jene Sparlichkeit in der Materialverwendung eintreten wird, wie sie bei der Handarbeit möglich ist.

Uebertriebene Hoffnungen dürfen also auf die Maschine nicht gesetzt werden und Unmöglichkeiten lassen sich nicht erzwingen. In Deutschland wird heute diese Maschine sehr skeptisch beurteilt. Ein Fabrikant, der zirka 400 Arbeiter beschäftigt, hatte 30 000 M. in den Wickelmaschinen investiert. Das bedeutet für einen verhältnismäßig kleinen Betrieb ein Kapital, und doch hat dieser Unternehmer die Maschinen beiseite gelassen und trägt lieber diesen Verlust, statt durch deren Weiterverwendung seine Konkurrenzfähigkeit zu mindern. Sein Urteil ist in vieler Hinsicht beachtenswert. Nach seiner Ansicht haben die Maschinen folgenden Nachteil:

Materialverschwendung, besonders durch Ausschuß und trotzdem bei einem großen Prozentsatz der Zigarren schlechten Zug und dadurch unregelmäßigen Brand.

Der Vorteil des unbedeutenden Sinkens des Lohnes durch die Leistung der Maschine ist nicht so groß, um diesen Nachteil wettzumachen.

Auch die größeren Betriebe stellen sich auf denselben Standpunkt und verwenden die Maschine nur zu den billigsten Sorten, und die Enttäuschung ist allgemein.

Nun ist ja ein Unterschied zwischen den deutschen Zigarrenfabrikanten und der österreichischen Tabakregie. Erstere müssen mit der gegenseitigen Konkurrenz rechnen, während diese bei uns nicht vorhanden ist. Die österreichischen Raucher müssen bei der Tabakregie taufen, wenn es ihnen ihre Vermögensverhältnisse nicht erlauben, Importierte zu rauchen. Doch dieser Unterschied ist nicht so groß,

als es den Anschein hat. Auch die österreichischen Zigarrenraucher wissen sich zu helfen, indem sie eben weniger rauchen oder zum Zigarrenrauchen übergehen.

Damit soll nun nicht gesagt werden, das die Wickelmaschinen wertlos sind, sondern deren Vorteile dürfen nicht höher eingeschätzt werden, als sie wirklich sind. Nicht die Leistung allein darf ausschlaggebend sein, sondern es muß wieder Wert auf die Qualifikation der Arbeit gelegt werden, dann wird die tatsächlich bestehende Krise sehr bald beseitigt sein. Die Leistungsfähigkeit der Maschine läßt sich nicht nach der Klasse des Erzeugers, sondern durch gewissenhafte Abwägung aller Vor- und Nachteile feststellen.

Bewegungen im Beruf.

Stadtblondorf und Umg. Der bei der Firma W. Kuhlmann, Fnh. K. Krause, ausgebrochene Angriffsstreik in Merxhausen dauert fort. Vor Zugang wird dringend gewarnt.

Werther in Westf. Der Abwehrstreik bei der Firma F. o. H. F. m. e. h. e. r. dauert fort. Vor Zugang wird dringend gewarnt.

Wittenberge (Prov. Brandenburg). Die Firmen E. h. K. r. i. g. e. r. und M. K. u. s. t. i. e. n. sperren ihre Arbeiter aus, weil diese Lohnforderungen stellen. Vor Zugang ist dringend zu warnen.

Goldberg i. Schl. Die Bewegung bei der Firma B. l. a. d. e. k. & C. o. i. s. t. ist beendet. Die Firma erhöhte den Lohn der Roller bei 17 Sorten um 10 bis 50 S pro Mille und den Lohn der Wickelmacher bei 25 Sorten um 10 bis 25 S pro Mille.

Zweinig L. Schl. Die Firma J. u. l. U. b. r. i. c. h. K. i. n. d. i. g. e. Mitarbeiter betrachten diese zwei gekündigten Mitarbeiter als gemäßigelt und verlangten deshalb die Zurücknahme der Kündigung. Eine angebahnte Unterhandlung, die durch den Gauleiter geführt wurde, führte zu einer Einigung, wonach die ausgesprochenen Kündigungen der zwei Mitarbeiter als zurückgezogen gilt. Im übrigen führten die Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages, wobei den Wickelmachern eine Lohnzulage von 10 S pro Mille gewährt wurde. Der Minimallohn beträgt nunmehr für Zigarrenmacher 5,50 M pro Mille und für Wickelmacher 2,60 M pro Mille. Die Decke wird entrippt und aufgesetzt, das Umblatt angefeuchtet und die Einlage entrippt und getrocknet geliefert. Bei Verwendung von Vorstanzlandende erhöht sich der Rollerlohn um 75 S und bei Verwendung von Merito- und Brasildecke um 1 M pro Mille. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 49½ Stunden festgesetzt.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Handelskammer und Fachauschüsse. Bekanntlich hat die am 24. August in Herford tagende Gauleiterkonferenz die Gauleitung beauftragt, eine Eingabe an den Bundesrat zu richten, in welcher um Errichtung von Fachauschüssen auf Grund des Hausarbeitgesetzes ersucht wird. Diese Eingabe haben wir seinerzeit veröffentlicht. Nun hat auch die Handelskammer in Minden i. W., dessen Syndikus Herr Hindenberg ist, Stellung zu den eventuell zu errichtenden Fachauschüssen genommen. Die Handelskammer hat beschlossen, eine Eingabe an den Bundesrat zu richten, in der sie sich gegen die Errichtung von Fachauschüssen ausspricht. Wir hätten von dieser Handelskammer natürlich keine andere Stellungnahme erwartet. Daß aber auch hier wieder die „Angemessenheit“ der Löhne der Hausarbeiter als Grund gegen die Errichtung von Fachauschüssen dienen soll, ist von der Handelskammer schon ein starkes Stück. Wir könnten ja leicht auf Grund der Berichte der Handelskammer Minden die Unangemessenheit der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der westfälischen Tabak-Hausarbeit nachweisen, aber die Herren der Handelskammer werden trotzdem weiter von angemessenen Löhnen reden. Wir werden jedoch bald Gelegenheit haben, durch andere Feststellungen die Notwendigkeit der Errichtung von Fachauschüssen klarzulegen.

Zur Trutzfrage. Die Sache der Trutzbekämpfer wird immer verworrener; während die Trutzbekämpfer sich gegenseitig die größten Beschuldigungen an den Kopf werfen, machen Gerichte, Anwälte und Fachzeitschriften die besten Geschäfte. Raum wird noch aus allen Erklärungen und vorläufigen Verfügungen kug. Die Firma Manoli, die von einem früheren Angestellten des Trutz der Trutzzugehörigkeit beschuldigt wurde, wehrt sich mit großem Aufwand gegen diese Behauptung. Der genannte Herrschel, der von Syndikus Goerrig beschuldigt wurde, die Angelegenheit in der Dresdener Presse auf Veranlassung von Konkurrenzfirmen der Manoli veröffentlicht zu haben, bestreitet das. Dagegen wird von Goerrig behauptet, daß der Syndikus der Zigarettenfabrikanten, Greiert, den betreffenden Herrschel durch hohe Geldangebote zum Verkauf eines Briefes zu veranlassen gesucht hat, der eine Firma bezgl. Trutzzugehörigkeit stark belasten soll. Inzwischen erlauben sich die Trutzfirmen, gute Geschäfte zu machen.

Auch der Hansabund ist wieder auf den Plan getreten und hat an den Staatssekretär des Innern unter Hinweis auf das Eindringen des englisch-amerikanischen Tabaktruffs in die deutsche Zigarettenindustrie eine Eingabe gerichtet, eine Enquete zu veranstalten, welche die Beziehungen dieses Truffs zur deutschen Zigarettenindustrie genau ermitteln soll. Der Staatssekretär hat das direkte Verlangen des Hansabundes abgelehnt, aber erklärt, daß die Trutzbewegung seitens der Behörden schon seit längem mit Aufmerksamkeit verfolgt wird, und das bereits vor mehreren Monaten mit den beteiligten Ressorts wegen Einleitung einer im Reichsamt des Innern abzuhaltenden Enquete über diese Frage in Verbindung getreten worden ist. Der Zeitpunkt der Verhandlungen, die ähnlich wie bei der Kartellenquete in kontradiktorischem Verfahren (Ausprache für und gegen) stattfinden werden, steht noch nicht fest.

Neue Kameruntabakfabrik. Kürzlich sind in Bremen wieder Kameruntabake verkauft worden. Es waren in diesem Jahre 263 Pakete von der Deutschen Tabakbau-Gesellschaft Kamerun gesandt worden. Es handelte sich um 108 Pakete Sandblatt und Fußblatt, und um 155 Pakete Mittelblatt. Der Tabak soll sich in mancher Beziehung dem Sumatra nähern.

Neue Aktiengesellschaft. Die Zigarettenfabrik A. Constantin in Hannover hat sich in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Grundkapital beträgt 2½ Millionen Mark.

Dribben wie haben. Nicht nur unsere deutschen Fabrikanten sind ständig dabei, ihre Produktionsstätten nach Gegenden mit billigen Löhnen zu verlegen, das geschieht auch in Amerika. Wir lesen in der Südd. Tabakztg. folgende Notiz:

„In den Neuerungen, welche der Underwood-Tarif dem Lande beschaffen soll, gehört die absolute zollfreie Einfuhr von auf den Philippinen fabrizierten Zigarren, die nicht mehr als 20 Prozent ausländisches Rohmaterial enthalten. Bisher war das jährliche Einfuhrquantum auf eine gewisse Zahl beschränkt und nur auf dem Archipel gezogener Tabak konnte Verwendung finden. Beide Beschränkungen sollen nun in Wegfall kommen und der Verband amerikanischer Zigarrenarbeiter sieht mit ernster Besorgnis in die Zukunft. Es wird wohl nicht mit Unrecht befürchtet, daß der amerikanische Tabaktruff sofort einen großen Teil seiner Fabrikation in die Philippinen verlegen und dort auch bald die Produktion in seine Hände bekommen würde. Kehrlich geschah es schon vor einigen Jahren, als die Zollfreiheit mit Porto Rico hergestellter wurde. Sofort errichtete der Truff dort eigene Fabriken und hat bisher rund 80 Prozent der dortigen sehr bedeutenden Rohproduktion unter seine Kontrolle gebracht. Eine der Wirkungen war, daß in den Vereinigten Staaten selbst im letzten Jahre allein 1250 Zigarren- und Tabakfabriken eingingen — der Truff mit seinen neuen und billigen Hilfsquellen hatte sie erdrückt und Tausende von Arbeitern lagen auf der Straße. Der Truff beschäftigt auch in den Fabriken, die er noch in den Vereinigten Staaten selbst hat, überwiegend Frauen und Kinder. Wie gefährlich zurzeit die zollfreie Einfuhr aus den Philippinen war, geht auch aus den amtlichen Lohnstatistiken hervor. So berichtet das statistische Amt der Philippinen, daß 11 800 Zigarrenarbeiter einen Durchschnittslohn von 13 Pesos im Jahre, das ist etwa 30 Pents pro Tag erzielten, während der Durchschnittslohn in den Vereinigten Staaten, wo in der Zigarrenindustrie allein rund 130 000 Personen, davon 110 000 Lohnarbeiter, beschäftigt sind, über 1,50 Dollar pro Tag, für organisierte Arbeiter über 2 Dollar bis hinauf bis 5 Dollar beträgt. In den organisierten Betrieben wird im Stüllohn 7 bis 12 Dollar für 1000 5 Cent-Zigarren, 12 bis 18 Dollar für 10 Cent-Zigarren und zwischen 18 bis 30 Dollar für reine Havana-Zigarren bezahlt.“

So ganz leicht wird die Sache doch wohl kaum zu machen sein, denn die gutorganisierten Zigarrenarbeiter der Vereinigten Staaten haben in dem „Label“, ihrer Schutzmarke, ein gutes Mittel, auf den Absatz einzuwirken.

Die Arbeitslosigkeit in der Zahlstelle Hamburg-Altona.

In welcher Weise die Tabakarbeiter des Hamburger Städtekomplexes immer noch durch die famose Steuergesetzgebung des Jahres 1909 im allgemeinen und die Einführung der 40prozentigen Wertsteuer auf Rohstabak im besonderen zu leiden haben, zeigt eine Statistik, die von der Zahlstelle Hamburg-Altona aufgestellt wurde und die sich auf die Zeit vom 30. September 1912 bis zum 1. August 1913 erstreckt.

Die Zahlen geben ein anschauliches Bild von der unheilvollen Wirkung dieser Gesetzgebung und beweisen das Gegenteil von dem, was in den Berichten der Handelskammer und anderer Körperschaften behauptet wird, sowie von Vertretern bürgerlicher Parteien bei Beratung dieses Gesetzes angenommen wurde, indem gesagt wurde, daß die Folgen der Wertsteuer bald überwunden seien und wieder normale Verhältnisse in unserer Industrie eintreten werden.

Soweit unsere Zahlstelle in Frage kommt, sind die schlimmsten Befürchtungen noch übertrieben und können wir wohl sagen, daß die Wirkungen der Wertsteuer erst in diesem Jahre so recht in die Erscheinung getreten sind.

Gewiß mag auch eine Reihe anderer Ursachen mitgewirkt haben, die Geschäftsstruktur ungünstig zu beeinflussen, so der Balkankrieg, die Unsicherheit des Geldmarktes, der kolossal gesteigerte Konsum der Zigaretten usw.; in der Hauptsache bleibt aber die Schuld an der Wertsteuer haften.

Daß auch die Hamburger Fabrikanten es von jeher verstanden haben, sich in solchen Situationen schadlos zu halten, braucht nicht weiter gesagt zu werden.

Solange es möglich ist, die Fabrikation nach Gegenden mit billigen Arbeitskräften zu verlegen, werden es in erster Linie die Arbeiter sein, welche die Folgen solcher Steuergesetzgebung zu tragen haben werden. Haben wir es doch erlebt, daß Kollegen, die 30 Jahre und länger bei ein und derselben Firma gearbeitet haben, rückwärts entlassen wurden und lange Wochen und Monate sich vergeblich um andere Arbeit bemühten mußten. Groß sind die Opfer, die der Verband und die Mitglieder unserer Zahlstelle bringen mußten, um wenigstens die allerschlimmste Not von unseren arbeitslosen Kollegen fernzuhalten. Sprecherweise ist es gelungen, den Zugang seit Anfang dieses Jahres gänzlich fernzuhalten. Zahlreiche Kollegen haben im Inlande oder Auslande Arbeit gefunden. Einem Teil Kollegen ist es geglückt, in anderen Berufen unterzukommen, sonst hätten wir auch heute noch mit einigen Hundert arbeitslosen zu rechnen. Inwiefern sind auch zurzeit noch durchaus keine günstigen Verhältnisse und ist es sehr schwer, Arbeit zu erhalten.

Es melben sich in der Zeit vom 30. September 1912 bis 1. August 1913 arbeitslos: Von der Sektion der Zigarrenarbeiter und Zigarettenfabrikanten (inklusive Zigarettenarbeiter) 771 männliche in 1362 Fällen, das sind 1,77 Fälle pro arbeitsloses männliches Mitglied; 192 weibliche Mitglieder in 307 Fällen, das sind 1,60 Fälle pro arbeitsloses weibliches Mitglied; von der Sektion der Sortierer und Kistenbinder 151 männliche und 28 weibliche; im Ganzen also 922 männliche und 220 weibliche Mitglieder. Es waren demnach im Verhältnis zu unserer Mitgliederzahl 44 Prozent arbeitslos.

In Arbeitstagen gingen unsern arbeitslosen Mitgliedern verloren:

den Zigarrenarbeitern, männlichen	33 898 Tage,
den Zigarrenarbeitern, weiblichen	5 772 Tage,
den Zigarettenfabrikanten, männlichen	7 184 Tage,
den Zigarettenfabrikanten, weiblichen	746 Tage.
Zusammen	47 550 Tage.

Es klappt demnach ein:	
Zigarrenarbeiter, männliche, durchschnittlich	43,97 Tage,
Zigarrenarbeiter, weibliche, durchschnittlich	30,62 Tage,
Zigarettenfabrikanten, männliche, durchschnittlich	47,20 Tage,
Zigarettenfabrikanten, weibliche, durchschnittlich	26,60 Tage,
An Unterstützungen wurden gezahlt aus Verbandsmitteln:	
an weibliche Mitglieder	5 654,65 M.
an männliche Mitglieder	61 109,30 M.
Summa	68 763,95 M.

Außerdem wurden noch an Zuschüssen und Extrainterstützungen aus der Sektorenkassen 21 217,85 M. verausgabt. Es wurden demnach zur Unterstüzung der Arbeitslosen in den 10 Monaten insgesamt 87 981,70 M. ausbezahlt.

Es waren arbeitslos:

Tage	Mitglieder	
	männliche	weibliche
1—8	44	14
4—6	65	18
7—12	141	40
13—18	61	19
19—24	71	24
25—48	187	69
49—72	149	23
73—96	108	8
97—120	48	4
121—144	29	1
145—168	14	—
169—192	4	—
193—216	3	—
217—234	2	—
	921	220

Aus diesen Darlegungen werden unsere Kollegen ersehen, wie traurig sich die Verhältnisse im Hamburger Städtekomplex gestalten haben. Wir bitten daher alle Kollegen, welche nach hier zu kommen gedenken, sich reichlich ihr Vorhaben zu überlegen, denn es kann wohl mit Sicherheit angenommen werden, daß eine dauernde Besserung in unseren Arbeitsverhältnissen für die nächsten Jahre kaum zu erwarten ist.

Die Ortsverwaltung
bei: Zahlstelle Hamburg-Altona.

Zur wirtschaftlichen Lage der Tabakarbeiter in Ohlau.

Ohlau wird von unserm Verschönerungsverein als ein schönes, idyllisch gelegenes Städtchen bezeichnet. Der Zweck ist, den Fremdenverkehr zu heben. Und es kann unumwunden zugegeben werden, daß seit ein paar Jahren schöne Anlagen geschaffen wurden, und auch sonst der Verkehr alles tut, um den Fremden, die Ohlau besuchen, obiger Ansicht so angenehm wie möglich zu gestalten. Nur ein großer Teil von den Arbeitern am Orte wird von all den Schönheiten nichts gewahr, weil sie und ihre Familien unter den bittersten Verhältnissen das Leben fristen müssen. Ohlau zählt mit der Eingemeindung von Baumgarten jetzt über 11 000 Einwohner. Von diesen gingen vor der Tabakarbeiter von 1909 noch 1100 bis 1200 dem Tabakgewerbe nach; heute sind es kaum noch 600. Diese 600 Tabakarbeiter führen ein recht erbarmungswürdiges Leben. Wenn schon von jeher die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Ohlau von ganz Mittel- und Niederschlesien die schlechtesten waren, so hat die Tabaksteuer von 1909 den Ohlauern vollständig den Lebenslohn verfehlt. Gleich nach Inkrafttreten der Steuer waren am Orte bis 600 Tabakarbeiter arbeitslos. Und als diese 600 arbeitslosen, die vor der Lagerung ausgelegte Entschädigung nicht erhielten und vor das Rathaus zogen und die Entschädigung forderten, da bekamen die Ohlauer Bürger mit der Angst, glaubte man doch, die Revolution sei schon im Anzuge. Polizei und Gendarmen wurde schernig herangezogen, um die Demonstranten zu zerstreuen.

Nur nach diesem Vorfall schrieb das Ohlauer Kreisblatt, daß es mit der Arbeitslosigkeit ein Ende hätte, die Unternehmer ließen wieder voll arbeiten, und die Pehe in den sozialdemokratischen Zeitungen betreffs der Entschädigung der Arbeitslosen mußte endlich verstummen. Daß es keine arbeitslosen Tabakarbeiter mehr gab, war selbstverständlich eine große Lüge, denn Ohlau selbst verzeichnete noch über 50 arbeitslose. Diese Arbeitslosigkeit hat, wie fast überall, auch in Ohlau nie aufgehört. Zu Weihnachten 1912 stellte die Firma Georg Deter den Betrieb vollständig ein und wiederum lagen 80 Arbeiter vor dem Fest der Liebe auf der Straße. Diese Arbeiter, die fast alle organisiert waren, kamen zu der Erkenntnis, wie notwendig die gewerkschaftliche Organisation ist; wurden dieselben doch reichlich unterstützt und die Not wurde doch einigermaßen gemildert.

Zurzeit nimmt die Arbeitslosigkeit wieder größeren Umfang an. Die Firma Juhl-Berlin, die im vorigen Jahre hier einen Betrieb eröffnete, entließ 10 Arbeiter, andere Entlassungen sollen folgen. Die Firma Gebr. Wendriner, die 1909 noch 250 Arbeiter beschäftigte, dann aber den Betrieb bis auf 80 beschränkt hatte, schließt zum 1. Oktober ihren Betrieb vollständig. Der größte Teil der Beschäftigten gehört ihrer Organisation an, und so manche Arbeiterin steht wohl mit schwerem Herzen dem Tage der Entlassung entgegen. Was anfangen? Der Mann schließlich arbeitslos, die Frau auch, und keines von beiden in einer Organisation, die doch die Mitglieder vor den Äußersten Not schützt! Wenn auch Arthur Deter hier wieder einen Betrieb eröffnet, so werden vorderhand bei weitem nicht alle Arbeiter wieder eingestellt werden, die wirklich gern Arbeit haben möchten.

Die letzten drei Jahre waren für die Ohlauer Tabakarbeiter so reich an Ereignissen, daß man glauben möchte, jeder Kollege wäre zur Erkenntnis gekommen, daß nur durch die Organisation unserer ganzes Arbeitsverhältnis geregelt werden kann. Leider ist dem nicht so! Im Gegenteil müssen wir hier feststellen, daß die Frauen unserer in anderen Berufen gewerkschaftlich organisierten Arbeitsbrüder, die schließlich in ihrer Gewerkschaft sogar noch einen Vertretersposten bekleiden, dem Verbands der Mäden lehnen und noch andere Mitglieder mit sich ziehen. Und das es gerade zur großen Zeit Frauen von Arbeitern im Bauernuse sind, ist besonders bezeichnend; sorgen doch die Bauarbeiter dafür, und nach unserer Meinung mit vollem Recht, daß ja kein Inorganistierter auf die Baustelle oder den Bauplatz kommt. Wann werden diese organisierten Arbeiter, die ihre Frauen dem Kapital zur Ausbeutung überlassen müssen, zum Pflichtbewußtsein kommen?

Wenn wir unsere Geschäftsberichte der Jahre 1910, 1911 und 1912 nachsehen, so finden wir, daß der Verband für die Mitglieder der Zahlstelle Ohlau nur für reise Unterstüzungszwecke die nette Summe von 20 784,47 M. verausgabt hat. Wieviel Not ist durch diese große Summe gemildert worden! In 10 Beiträgen wurden in derselben Zeit ohne die Extrabeiträge 20 300,10 M. von den Mitgliedern geleistet. Also ein Mehr an Ausgaben für Unterstüzung gegenüber den gezahlten Beiträgen von 353,37 M. Wo bleiben da die Ausgaben für die Verwaltung, Zeitung, und für sonstige Zwecke. Ich führe diese Aufstellung nur deshalb an, um den Kollegen die sonst in keine Verammlung kommen, aber hinterrücks gegen den Verband tüchtig zu Felde ziehen, vor Augen zu führen, was der Verband für die Ohlauer Mitglieder in der schweren Zeit schon geleistet hat und noch leisten wird.

Zum Schluß möchte ich die Kolleginnen, die dem Verbands den Rücken gekehrt haben, oder die überhaupt noch nicht Mitglieder waren, fragen: Legt ihr auch die 35 oder 45 S wöchentlich, die der Verband als Beitrag beansprucht, zurück, damit ihr eine Beihilfe bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder bei einem Unfall oder einer Ausperrung habt? Nein, nein, Kolleginnen, im allerletzten Falle mag das vorkommen; im allgemeinen gehen die paar Pfennig mein alltäglichen Lebensbedarf mit drauf, und so manche Kollegin muß bei einer Arbeitslosigkeit in bitterster Not leben oder aber fallen bei einer Lohnbewegung ihren Arbeitsschwötern, die auch für die Mitrückigen mit um ein besseres Brot kämpfen, in den Rücken, wie es leider in Ohlau schon vorgetrieben ist.

Kolleginnen! Das alles braucht nicht vorzukommen, wenn ihr euch dem Verbands anschließt! Wir gehen Zeiten entgegen, die schließlich die jetztigen noch übertreffen können. Und, Kolleginnen, ihr habt in den letzten Wochen gesehen, daß kein Unternehmer danach fragt, ob ihr organisiert seid oder nicht; ohne Ausnahme werden ihr auf die Straße geschickt. Und da kann es nur eines geben: Vereinigt euch mit uns! Schließt euch dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband an! Das nur kann euch und eure Familie vor dem vollständigen Untergang retten.
E. Rangner.

Berichte.

Döbeln i. S. Die am 24. September tagende Mitgliederversammlung war mäßig besucht. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Genossen Spindler über „Das Krankenversicherungsgesetz nach den Beschlüssen der Reichsversicherungs-Ordnung“; 2. Verschiedenes. Nachdem das Referat die Entwicklung der sozialen Versicherungsgesetze als Kämpfungsgegenstand gegen die wachsende Arbeiterbewegung getrefft hatte, erläuterte er die Änderungen, welche durch die Beschlüsse der Reichsversicherungs-Ordnung im Krankenversicherungswesen geschaffen worden sind. Da auch hier die Möglichkeit vorhanden ist, daß die Kolleginnen und Kollegen, sofern sie Heimarbeit sind und nicht im Städtegebiet ihren Wohnsitz haben, in die neu zu errichtende Ortskrankenkasse Döbeln-Land übertragen werden, wies die Anwesende gerade dieser Kolleginnen zum Zweck der Auffklärung nach. Am Schluß seines Referats wies Nebner auf die Anwendung bezüglich Einführung des Verhältniswahlsystems zu den Wahlen hin und forderte die Anwesenden auf, kräftig Propaganda zu machen, damit es den Gegnern nicht gelingt, uns aus unserer Position zu verdrängen. In der Diskussion konnte Kollege Schindler erfreulicherweise mitteilen, daß es den Vertrauensmännern der Meeren Verwaltungsbehörde gelungen ist, zu erreichen, daß Heimarbeiter nicht als selbständige Hausgewerbetreibende geführt werden. In Punkt 2. Verschiedenes, kritisierten die Kollegen Kaschpar und Zantzen den Bericht Nr. 57, welcher ihrer Meinung nach nicht objektiv sei, Dekret beschwerde sich über die Unterdrückung seines Berichtes und führte dieselbe darauf zurück, daß er den Herren Beamten wahrscheinlich die Wahrheit zu deutlich gesagt habe. (Die Herren Beamten zittern so sehr, wenn Herr Zantzen spricht. D. R.) Der Vorsitzende hat, von einer Kritik des Berichtes abzusehen, da die Berichterstatterin infolge Abwesenheit vom Ort nicht in der Versammlung war, was denn auch geschah. Um eventuell arbeitslos werdende Kolleginnen und Kollegen leichter über die durch das Statut geschaffene Karenzzeit hinwegzuführen, schlug Kollege Dehmigen vor, Mittel aus der Lokalkasse stiftlich zu machen. Die Verwaltung wurde einstimmig beauftragt, der nächsten Versammlung einen diesbezüglichen Antrag vorzulegen.

Sodenheim. Am 20. September fand hier eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht von der Gaukonferenz; 2. Parteibericht; 3. Wie stellen sich die Mitglieder zu dem alljährlichen Winterbergnigen; 4. Verschiedenes. Kollege Kretschmer gab bekannt, daß der erste Vorleser verhindert sei zu erscheinen, auch der zweite sei krankheitshalber verhindert. Darauf gibt Kollege Schäffler den Bericht von der Gaukonferenz. Eine Diskussion hierüber fand nicht statt. Den Parteibericht gab Kollege Kretschmer. Er führt aus, daß der Bildungsanschluß aus finanziellen Gründen es abgelehnt habe, den Lichtübertrag über die Freiheitskriege 1848/49 abzuhalten. Das Parteibericht beabsichtigt aber, den Vortrag jetzt auf eigene Kosten zu arrangieren. Ferner sei beschlossen worden, zur Ortskrankenkassenwahl eine eigene Liste aufzustellen. Auch über die „Volksfürsorge“ sei eingehend verhandelt worden. Für dieses Jahr ein Winterbergnigen abzuhalten, wurde abgelehnt. Im Punkt Verschiedenes regt Kollege Kretschmer die Agitation an. Er findet es nicht für richtig, daß man das gewählte Agitationskomitee beiseite schiebt, und daß von dem Gauleiter und Vorsitzenden die Agitation in die Wege geleitet wird. Hierüber fand eine längere Debatte statt. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Ein Antrag des Kollegen Göst, den Punkt Agitation in der nächsten Versammlung mit auf die Tagesordnung zu setzen und dem Gauleiter davon Nachricht zu geben, damit er Aufklärung in der Sache schaffe, wurde angenommen. Kollege Kraus wünscht im Namen der Partei, daß unsere nächste Mitgliederversammlung ausfallen möge, da an dem Tage der Genosse Koste zu den Landtagswahlen referieren werde. Ferner macht er noch auf die am Sonntag, dem 21. September stattfindende Flugblattverteilung aufmerksam und bittet um zahlreichere Beteiligung. Ferner wurde mitgeteilt, daß der Wirt, Kollege F. Eisinger, aus dem Verbanne ausgetreten sei. Kollege Wolf stellt hierauf den Antrag, fernerhin bei dem Wirt, früheren Kollegen Eisinger, wegen seines Verhaltens keine Mitgliederversammlung mehr abzuhalten. Der Antrag wurde angenommen. Dann entwickelte sich noch eine interessante Debatte über die Ortskrankenkassenwahl, in der von verschiedenen Seiten Ratsschlüsse erteilt wurden. Kollege Göst beantragt, in einer Fabrikversammlung der G. C. ein Referat halten zu lassen über die Wichtigkeit der Ortskrankenkassenwahlen. Der Antrag wurde als unzumutbar abgelehnt. Der Besuch der Versammlung war ein ziemlich guter.

Bremen. Mitgliederversammlung vom 24. September. Tagesordnung: 1. Bericht über den Ausbau der Lokalkasse; 2. Regelung der Lokalkassentage; 3. Wahl eines Beisitzers; 4. Bericht von der Gaukonferenz; 5. Verschiedenes. Zum ersten Punkt führt Bobenkamp aus, daß durch mehrere Kollegen die Anregung gegeben sei, die Lokalkasse zu einer Unterstützungsstelle auszubauen. Die Ortsverwaltung habe diesen Wunsch Rechnung getragen und zu diesem Zweck eine Informationschrift mit Fragebogen herausgegeben, um durch das gesammelte Material eine Grundlage für den Ausbau zu schaffen. Von diesen Fragebogen seien 716 beantwortet; 368 Mitglieder waren gegen jeden Ausbau; dadurch sei also die ganze Angelegenheit abgelehnt, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht vorhanden sei. Bobenkamp glaubt, daß es besser gewesen wäre, wenn dem Fragebogen ein Flugblatt vorausgegangen wäre, es wäre sicher ein besseres Resultat zutage getreten. Hermann und Wietzen widerprechen dieser Auffassung; es sei genügend Propaganda gemacht. Durch die Fragebogen sollte festgestellt werden, wohin die Wünsche der Mitglieder gingen, um danach zu bestimmen, wie hoch die Beiträge bemessen werden könnten. Bobenkamp legt das Resultat für die Sortierer vor, auch bei diesen sei die Erweiterung der Lokalkasse mit 57 Stimmen abgelehnt worden. Zum 2. Punkt legt Bobenkamp dar, daß durch die Einführung der Erwerbslosenunterstützung eine Neuregelung der Lokalkassentage erforderlich sei. Entsprechend den Beschlüssen des Verbandstages müßten sich die Mitglieder nach ihrem Verdienste verhalten; da sel es nicht mehr wie Recht, daß auch die Lokalkassentage dementsprechend entrichtet würden. Die Ortsverwaltung beantragt deshalb, für die erste Klasse 5 S. zu erheben und für die zweite und dritte Klasse 10 S. Dieser Antrag wurde nach kurzer Debatte angenommen. Sodann wird der Kollege Wietzen als Beisitzer in den Vorstand gewählt. Hierauf gibt Wietzen den Bericht von der Gaukonferenz, derselbe wird beifällig angenommen. Unter Verschiedenes berichtet Bobenkamp, daß der Kollege Hartmann den Arbeitsnachweis umgangen hat. Mehrfache Aufforderung seitens der Ortsverwaltung, die Arbeit wieder aufzugeben, habe Hartmann nicht entprochen, deshalb beantragt die Ortsverwaltung sein Ausschluss. Nach längerer Debatte wird der Antrag angenommen. Für den aus der Ortsverwaltung ausscheidenden Kollegen Wietzen wird H. Meyer als Revisor gewählt. Weiter wird beschlossen, in der nächsten Mitgliederversammlung einen Vortrag über das neue Krankenversicherungsgesetz halten zu lassen.

Spremberg (M.-L.). Was man den Arbeitern bietet. Die Firma Grelshel & Schulz ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten; da glaubt die Firma, die Arbeiter können darunter leiden. Fast alle Wochen müssen die Arbeiter ausziehen, weil kein Geld und Tabak da ist. Verlangt ein Arbeiter, der mit diesen Verhältnissen brechen will, seine Papiere, so versteht es Herr Schulz, ihn zu schmeicheln mit dem Versprechen, daß eine bessere Zeit anrückt. Das Versprechen dauert gewöhnlich nicht lange. Es bleibt aber bei der alten Leier. Bis jetzt hat sich die Firma auf Kosten des Verbandes Arbeiter gehalten. Wir wollen den Arbeitern der Firma empfehlen, nicht so viel auf Versprechungen des Fabrikanten zu geben, die keinen Wert haben.

Spremberg (M.-L.). Warnung. In vielen gegnerischen Zeitungen liest man, daß Zigarrenmacher nach Wilhelmshafen bei Spremberg gesucht werden. Daraus ist schon mancher Tabakarbeiter hineingefallen, indem er weit herkam in der Hoffnung, in Spremberg Arbeit zu erhalten. Aber enttäuscht mußte er hören, daß in Spremberg solche große Arbeitslosigkeit herrscht, daß an Arbeit für einen fremden Zigarrenmacher hier gar nicht zu denken ist. Es werden in Wilhelmshafen bei Spremberg in 1000 Zigarren hergestellt; da erhält ein Zigarrenmacher angeblich 50 S pro Tag. Davon geht für Wäsche, Schuhe und Kleidung noch etwas ab. Infolge der großen Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe glaubt man, Arbeiter von der Landstraße für einen Hungerlohn in Mhl (freiwillige Winde) beschäftigen zu können. Man verschweigt in den Inseraten, daß Zigarrenmacher fürs Mhl gesucht werden. Auch ein Bild von den Zuständen in der Tabakindustrie. Bei Arbeitsangeboten wende man sich erst vorher an den 1. Bevollmächtigten Hermann Brete, Bahnhofs-Spremberg (M.-L.), wohnhaft zu St. J. am Spremberg, Mistauerstraße 41.

Leipzig. Sektionsversammlung der Tabakarbeiter am 20. September. Kollege Pletsch gab den Bericht von der Ortskrankenkasse und erläuterte die neuen Satzungen, welche durch die Reichsversicherungsordnung notwendig waren. Die Wahl

der Vertreter zum Ausschuss der Ortskrankenkasse findet am 15. Oktober statt; 38 Wahllokale erleichtern jedem das Wählen. Alle Kollegen und Kolleginnen, welche 21 Jahre alt sind, müssen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und ihre Stimme auf die Liste des Gewerkschaftskartells verzeichnen. Als Vertreter wurde wieder Kollege Franz berichtet von der Gaukonferenz. Er schließt seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß die Reorganisation des Verbandes alle Kollegen anspornen möge, mehr noch wie bisher für den Verband zu agitieren. In der Debatte wird darauf hingewiesen, daß die Gaukonferenz sich nicht genügend mit dem Heimarbeiterschutz beschäftigt habe. Für Leipzig, als die Zentrale der Heimarbeit in Sachsen, hat die Frage der Sachauschüsse große Bedeutung. Für ein und dieselbe Fassung werden vielfach verschiedene Vorschläge gemacht. Es wurde der Vorschlag angenommen, daß am 11. Oktober eine Versammlung stattfinden soll mit der Tagesordnung: Das Heimarbeiterschutzgesetz. In die Sektionsleitung wurde noch Kollege Neundorff gewählt.

Willichhausen i. Th. Mitgliederversammlung vom 6. September. Tagesordnung: 1. Fortsetzung des Berichtes vom Verbandstage; 2. Vorkommnisse bei der Firma Kiebel; 3. Verschiedenes. Der 1. Punkt wird, da die Beschlüsse im Tabak-Arbeiter beifällig angenommen sind, für erledigt erklärt. Zum 2. Punkt führt Kollege Kretschmer aus, daß es im vorigen Jahre eine Lohnforderung gestellt, erkannte Herr Kiebel an, daß die Lebensmittel teurer geworden seien und eine Verbesserung der Löhne notwendig sei. Ob es diese Erkenntnis war, die den Herrn bezogen hat, uns eine kleine Lohnaufbesserung zu bewilligen, will mir nicht recht einleuchten, wenn ich sein damaliges und jetziges Verhalten betrachte. Ich möchte nur folgendes anführen: Als die Arbeiter im Jahre 1909 die Bitte an Herrn Kiebel richteten, doch den verheirateten Männern die geringen Sorten abzunehmen, da der dabei erzielte Verdienst zur Ernährung einer Familie zu gering sei, nannte der Herr es eine Dreifachheit sondergleichen und verbat sich ein für allemal solche Briefe. Der Briefschreiber wurde ermittelt und entlassen. Nachdem nun die Arbeiter gesehen, daß in Wäite nichts zu machen war, schloß sich ein großer Teil der Organisation an, auch die Jaghaften wurden schließlich gewonnen. Dann wurden Forderungen gestellt und siehe da: Herr Kiebel erkannte sie an! Wären wir nicht geschloffen aufgetreten, so wäre es uns genau so ergangen, wie es damals dem Kollegen erging, der die Witschrift verfasste. (Sehr richtig!) Soll eine Firma mehr zahlen, so geht ihr das an die Meeren und sie versucht, die Lohnrückzahlung wieder heranzubekommen. Man schiebt auch hier eine neue Nummer ein, das Fasson blieb dasselbe, aber man sagte, die Qualität sei geringer und so mußte der Lohn herabgesetzt werden. Wir sind aber der Meinung, daß es für gleiche Fassons auch gleichen Lohn geben soll. Nebner geht näher auf Fasson und Preise ein. Die Arbeiter verweigerten, die Sorten zu machen, worauf zwei Kollegen entlassen wurden. Da man wegen der Differenz nicht sofort in den Kampf treten wollte, wurde man vorstellig, und Herr Kiebel nahm die Kündigung zurück. Es waren noch nicht 14 Tage verlossen, wurde einer der Unzufriedenen, wie sich Herr Kiebel ausgedrückt hatte, und ich entlassen. Herr Kiebel sagte hiebemeyerisch, daß er gegen mich nichts hätte, aber ich könne mich ja auch einmal als Bahnhofsleiter in einer anderen Fabrik ausbilden, damit ich besser erteilen könne. In der Diskussion wird die Situation lebhaft besprochen. Für den Kollegen Kretschmer wird Mahregelungsunterstützung beim Vorstand beantragt. Unter Punkt 3 wird bekannt gegeben, daß einige ältere Kollegen ausgetreten wären, da sie jetzt nicht genug Unterstützung kriegen könnten. Demgegenüber wurde betont, daß gerade die älteren Kollegen immer noch mehr aus dem Verband herausziehen könnten, als sie einzahlten. Kollege Bräse rebete dann von hohen Gehältern der Gauleiter und Vorstandsmittelglieder. Von anderen Kollegen wird gefordert, daß die Gauleiter das, was sie über 2000 M jährlich beziehen, zurückgeben möchten. Demgegenüber wurden die Ausführungen einer Kollegin mit Freuden aufgenommen; sie betonte, daß man immer nur auf Unterstützungen rechne; sie sei schon lange Mitglied und hätte noch nichts bezogen, und darüber sei sie froh. Denn es sei doch besser, wenn sie ihrer Arbeit nachgehen könnte, statt krank oder arbeitslos zu sein; das Geld, das sie in den Verband zahle, könne dann jenen zugute kommen, die tatsächlich vom Mitglieder betroffen würden. Wäre jedes Mitglied von diesem Gedanken befeelt, kämen wir weiter. Zum Schluß verteidigte Kollege Bräse noch den Austritt seiner Frau, den er damit erklärte, daß der Verband in der Kiebel'schen Sache nicht scharf genug vorgegangen sei.

L. COHN & CO. Berlin N
Brunnenstrasse 24

Grösstes und ältestes Fabrikationsgeschäft der Branche
Maschinenfabrik
Deutschlands grösstes Wickelformenlager
Mechan. Werkstatt



Tabak-Schneid-Maschinen
ca. 30 verschiedene Modelle
von Mk. 130.— bis Mk. 2240.—
Anerkannt bestes Fabrikat!!!

Tabakschneidemaschine Fig. 506, komplett Mk. 130.—



Zigarrenkandelaber
Fig. 988 in Kunstbrunze Mk. 28.—



Formenpressen
solider Bauart
von Mk. 8.— an



Einrichtung kompletter Zigarren-Fabriken
Einrichtung kompletter Zigarren-Geschäfte

Prima Arbeitstische
Eigenes Fabrikat

Schemel Wickelmacher Sitzkasten
Bündelböcke (2 Systeme) Arbeitsmesser Rollbretter
Spezialität: Presskästen für Spiegel-Pressung

W. Hermann Müller
— Berlin, Magazinstrasse 14 —
Neu eingeführt:
1912er Holländer Erdgut No. 7419
sehr leuchtendes, gut brennendes Umblatt, enorm ausgiebig, 4 1/2 Pfund verzollt.
Sumatra No. 6869
2 Lauge Vollblatt, alter Tabak, nur 4 1/2 Pfund verzollt.
Bestellen Sie Muster!

Hamburger
Rohtabak-Lager
Inh.: John Levie
Seesen a. Harz
Detailverkauf sämtlicher ausländischer Tabake zu den billigsten Marktpreisen.
Verlangen Sie Kataloge über Formen und Tabake.

Carl Roland, Berlin SO
Kottbuserstrasse 4
Jede Deckblatt (Spoba), blütenweißer Brand, Vollblatt, äußerst beständig, pro Pfund nur 4 1/2.
Domingo, alte, blattige, trockene Ware, pro Pfund nur 4 1/2.

Thüringer Rohweber
geschmiedet aus bestem Stahl, pro Dutz. 5.50 M. versendet per Nachnahme
Carl Krahnmann
Breitestr. 6, Hagenplatz Nr. 3.
Bei Abnahme 4 Dutz. portofrei.

Rohtabak-Handlung
Hengloss & Maak
Altona-Ottensen
Filiale Berlin N., Brunnenstrasse 25.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Rud. Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82. — Telefon Nr. 6046.
Büreauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82, zu adressieren.
Geld-, Einreich- und Wertsendungen nur an W. Nieber-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 82. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82, zu adressieren.
Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Sukhan Altonsdorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 82, zu adressieren.
Für den Aufsatz bestimmte Zuschriften sind an Emil Gilden, Altona-Ottensen, Friedensallee 46 I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Ausgeschlossen nach § 13 b: Großenhain, der Zigarrenmacher Anton Krüger aus Neuborf bei Reichenberg, geb. 12. 12. 1877, eingetret. am 11. 10. 1897. Buch S. I 46 16 L. (S. 1987, 2196 S. 13.)
Als verloren gemeldet: Bremen, das Mitgliedsbuch S. I 3698, lautend auf Luise Siemering aus Schwemmingdorf i. Westf., eingetret. am 20. 1. 1912. Nr. 8. (S. 2278, 34. S. 13.)
Ohne Abmeldung abgereicht: Reichenberg, der Zigarrenmacher Rud. Niebel aus Berlin, eingetr. 28. 7. 1913. Buch S. II 55 090. (S. 2250 S. 13.)
Es wird gebeten, den Aufenthalt anzugeben von dem Zigarrenarbeiter Emil Groß aus Kreuzburg a. Werra. Letzter Aufenthalt war Essen a. Ruhr, wo G. als Fabrikarbeiter in Arbeit stand. (S. 1287 und 2211, 9. S. 13.)
Von dem Zigarrenmacher Otto Lichtenberg aus Neuborn, geb. 19. 2. 89, eingetr. am 28. 9. 07. Buch S. II 56 148, Nr. 6. (S. 23.)
Von dem Zigarrenmacher Sukhan Händchen aus Nieder-Neu-Nick, geb. 6. 7. 88, eingetret. am 18. 6. 13. S. II 47 523. (S. 2086, 2251. S. 13.)

Zur Beachtung!

Bei dieser Tabak-Arbeiter-Sendung liegen für die Vermählungen einige Dankschreibenformulare bei für Sterbe- und Jahrgeldunterstützung.

Ortsverwaltungen!

Die Vorschläge von Personen für die örtliche Verwaltung werden nach § 16 des neuen Statuts Nr. 2 nicht mehr im Tabak-Arbeiter veröffentlicht. Veröffentlichung nur noch die Adressen des 1. und 2. Bevollmächtigten. Es ist aber notwendig, daß bei Neu- und Nachwahlen die Namen der in die Verwaltung gewählten dem Vorstande gemeldet werden. Es wird gebeten, diesbezügliche Mitteilungen getrennt von anderen Mitteilungen auf ein besonderes Stück Papier zu halten.

Zum Militär eingezogene Mitglieder!

Die Mitgliedsbücher der zum Militär eingezogenen Mitglieder sind dem Vorstände zuzusenden, wo sie nach Ablauf der Militärpflicht zurückverlangt werden können. Es empfiehlt sich dabei, bei der Abmeldung den Vermerk „Zum Militär“ zu machen.

Protokolle des 16. Verbandstages in Heidelberg.

Wir bitten die Bevollmächtigten, die für ihre Zahlkarte benötigte Anzahl Protokolle zu bestellen damit die Auflage festgelegt werden kann. Die Bestellungen sind bis zum 15. Oktober einzureichen. Der Preis der Protokolle beträgt pro Stück 10 A für Mitglieder.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten betreffend Geldsendungen.

Es sei hierdurch nochmals darauf hingewiesen, daß alle Gelder, welche für die Hauptkasse bestimmt sind, nur per Zahlkarte an unser Postfachkonto Nr. 5349 in Hamburg zu adressieren sind.
Da aber auch heute noch in einzelnen Fällen Gelder per Aufweisung mit der Adresse Deutscher Tabakarbeiter-Verband an uns gelangt werden, so machen wir darauf aufmerksam, daß laut Verfügung der Postdirektion Gelder, welche nicht mit der Adresse an W. Nieber-Welland in Bremen, Faulenstraße 58/60, oder für den Tabak-Arbeiter bestimmte Gelder, welche nicht mit der Adresse an J. Krohn in Bremen, Faulenstraße 58/60, versehen sind, in Zukunft nicht mehr zur Auszahlung gelangen. Um unnütze Portoausgaben zu vermeiden, bitte obiges genau beachten zu wollen. Gleichzeitig ersuchen wir um Mitteilung, wenn die letzte Zahlkarte benutzt wird, dies auf dem Abschnitt vermerken zu wollen, damit wir in der Lage sind, Zahlkarten senden zu können.
Bremen. Der Vorstand.

Adressenänderung der Gauleiter:

Gau Breslau: Gauleiter Max Clement wohnt ab 1. Oktober Breslau VI, Hilbrandstraße, 23 II.
Gau Nordhausen: Gauleiter Herm. Schmidt wohnt ab 1. Oktober in Nordhausen, Marktstr. 12 I.
Gau Heidelberg: Gauleiter Chr. Stod wohnt ab 1. Oktober Heidelberg, Kaiserstr. 57, III.

Adressenänderung der Ortsverwaltungen.

Nahden (4): Fr. Dieckhoff 378. Alle Zuschriften sind dorthin zu richten.
Pr.-Stargard (13): 2. Bev. M. Schröter wohnt Friedrichstr. 98, Hof I.
Palenau (13): 2. Bev. Reinhold Böttcher, Grünstr. 14.
Potsdam (7): 1. Bev. Lubow Koch, Hubertusstraße.
Hannover (2): 1. Bev. Louis Greife, Alte Gerberstr. 57 I.
Wien (11): 1. Bev. Herm. Hebler, Vorwerkstr. 4 I.
Zeidenitz (13): 1. Bev. Karl Meißner, Gartenstr. 11.

Unterstützungen werden ausgezahlt:

V. u. = Arbeitslosen-Unterstützung. R. u. = Kranken-Unterstützung.
Leipzig: A. u. und R. u. jeden Sonntag von 8 bis 9 Uhr im Volkshaus (Kolonnade). Dasselbst werden auch während dieser Zeit alle anderen Verbandsangelegenheiten geregelt.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:
Für den Gau Hamburg:
Altona: Gottlieb Ostertag, Bureau: Gimsbüttelestraße 10.
Für den Gau Bremen:
Bremen: Heinrich Bobbenkamp, Faulenstr. 58/60 I, Zimmer 13.
Für den Gau Braunschweig:
Braunschweig: Ernst Spärlake, Gabelbergerstr. 4 p.
Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 8 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Zureisende dort Arbeitslosenunterstützung.
Für den Gau Nordhausen:
Nordhausen: Verbandsbureau: Wolfstraße 14.
Für den Gau Gersdorf:
Gersdorf: Wilhelm Schlüter, Bureau, Rurfürstenstraße 3.
Für den Gau Köln:
Köln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 27 III.
Für den Gau Frankfurt a. M.:
Frankfurt a. M.: Franz Schell, Kneipstraße 113 II.

Für den Gau Oldenburg:
Oldenburg: Georg Durban, Mejerstr. 15 II.
Für den Gau Heilberg:
Heilberg: Gauleiter Chr. Stod, Hauptstr. 118 a, Seitenbau II.
Wannheim: Ferd. Dahms, H. 5, Nr. 22.
Für den Gau Karlsruhe:
Karlsruhe: A. D. Peising, Werberstraße 98, prt.
Für den Gau Erfurt:
Erfurt: Anton Fischer, Ulfesbühlstraße 28.
Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.
Für den Gau Dresden:
Dresden-N.: Joseph Domeser, Ribbenbergstr. 2 III, Zimmer 84
Für Sortierer: Walter Nobis, Dresden-Bismarck, Borgauerstraße 56, prt. Sprechzeit: 12—1 Uhr mittags und 6—7 Uhr abends; an Sonnabenden nur 3—6 Uhr nachmittags.
Für den Gau Breslau:
Breslau: Wilhelm Krämer, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17 II, Zimmer 80.
Für den Gau Berlin:
Berlin: Wilh. Boerner, Berlin. Bureau: Dragonerstraße 8 a, vorn, II. Etg.
Alle Arbeitssuchenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Arbeitsnachweis für Sortierer und Ristenbekleber

Leipzig: Ferd. Fülle, Leipzig-N., Gabelbergerstr. 30 II.
Heilberg: Carl Felsmann, Kärntnerstr. 6 II.
Breslau: Otto Hemplich, Hofenstr. 53, Seitenhaus 1.
Hofenheim: Ost. Schöffler, Parkstr. 46.
Brieg: Auskunft in Arbeitsangelegenheiten für Sortierer erteilt: Carl Sauste, Neuhäuserstr. 58.
Döbeln: Franz Kanta, Staupstr. 18 I.
Altenburg (S.-A.): Ernst Kirmse, Jungferngasse 83 II.
Berlin: Otto Krämer, Berlin NO. 65, Greifswalderstr. 196.
Waldheim: Rob. Gleisberg, Waldheim-N., Hauptstr. 94.
Döbeln: Oswald Heiblich, Dübenerstr. 2.
Erfurt: Otto Gierlich, Kleiststr. 18 pt.
Köln: Edm. Döring, Buttsbüttelstr. 41.
Frankenberg: William Behrend, Neufere Altenhelferstr. 11.
Bauhen: Valentin Marthwig, Strehlastr. 12.
Mittelba: Walter Raabe, Steinweg 79.
Treffurt a. Werra und Schnellmannshausen: W. Lamps, Treffurt an der Werra.
Eimmendingen: Carl Klenze, Münzingerstr. 84.

Arbeitsnachweis.

Arbeitsangebote.

Nach Maßstäb bei Sagan: Ein tüchtiger, verheirateter Moller mit Widelmacher, der mindestens 3500 Zigaretten rollen kann und eine Widelmacherin, die 4000 Stück pro Woche anfertigt.
Nachfragen beim Arbeitsnachweis Breslau, Wilhelm Krämer, Breslau, Margarethenstr. 17, Zimmer 80.

Mitglieder-Versammlungen.

Wer es ernst meint mit der Tabakarbeiterfrage, geht regelmäßig in die Versammlungen!
Freitag, den 3. Oktober:
Bünde-Gnigloh: Ab. 8, b. Niebel. T.-D.: Der wirtschaftliche Niedergang in der Tabakindustrie und unser Verband; Warum wollen die Tabakarbeiter Sachauschüsse? Ref.: Gaul. Bahle.
Sonnabend, den 4. Oktober:
Gilenburg: Ab. 8, Gewerkschaftshaus Tivoli. T.-D. wird dort bekannt gegeben.
Döbeln, Sektion der Sortierer: Ab. 8, 9, Partikelokal. T.-D. wird dort bekannt gegeben.
Oberbesen: Ab. 8, b. Jungmann. T.-D.: Die Lage der Tabakindustrie und unsere Organisation; Krankentassenwahlen. Ref.: Gauleiter Schlüter.
Weißenseel: Ab. 8 im Volkshaus.
Sonntag, den 5. Oktober:
Kirschlagern: Nachm. 3/4, b. Buddenberg. T.-D.: Der wirtschaftliche Tiefstand der Tabakindustrie und unsere Organisation. Ref.: Gauleiter Schlüter.
Montag, den 6. Oktober:
Schröber: Ab. 8 1/2, b. Schröber.
Reitelshof: Ab. 8 1/2. T.-D.: Der wirtschaftliche Niedergang in der Tabakindustrie; Warum wollen die Tabakarbeiter Sachauschüsse? Ref.: Gaul. Bahle.
Süblingen: Ab. 8 1/2, b. Tiemeier (Eisenmühle). T.-D.: Der wirtschaftliche Niedergang in der Tabakindustrie; Warum wollen die Tabakarbeiter Sachauschüsse? Ref.: Gaul. Bahle.
Dienstag, den 7. Oktober:
Soest: Ab. 8, im Anker. Gaul. Schlüter ist anwesend.
Sonnabend, den 11. Oktober:
Wülshausen i. Th.: Im „Kaiser Wilhelm“.
Freiburg i. B.: Ab. 8, b. Böttner, Löwenstr. T.-D. wird dort bekannt gegeben. Unsere Versammlungen finden jeden zweiten Samstag im Monat bei Böttner statt.
Salzungen: Ab. 8 1/2, b. Juhn. T.-D.: Abrechnung; Wahl eines vorzuschlagenden 1. und 3. Bevollmächtigten; Bericht von der Gaukonferenz; Verchiedenes.
Sonntag, den 12. Oktober:
Potsdam: Mitt. 1, Vereinslokal, Kaiser Wilhelmstr. 35. T.-D.: Das neue Statut; Bericht von der Gaukonferenz; Abrechnung; Verchiedenes.
Nahden: Nachm. 3, an bekannter Stelle. T.-D.: Verchiedenes.
Wegesack: Nachm. 3, Verbandslokal, Sedanplatz 7. T.-D. wird dort bekannt gegeben.

Gewerkschaftshaus in Fulda.

Nach langjährigem Kampfe um die Erlangung eines Versammlungsortes und Vertretungslokal der freien Gewerkschaften in Fulda ist es endlich gelungen, ein eigenes, beschleudertes Heim zu schaffen. Das dortige Gewerkschaftshaus bietet den Durchreisenden gute und billige Übernachtung. Bad steht zur Verfügung. Wir empfehlen es den Kollegen. Das Gewerkschaftshaus befindet sich: Florenzgasse 18.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen. B. = Verbandsbeiträge. F. = Freiwillige Beiträge.
19. September: Nordhausen B. 30.—, 20. September: Wustenhäuser B. 50.—, Lorch B. 100.—, 21. September: Würzburg B. 200.—, 22. September: Karlsruhe B. 100.—, Groß-Hüben B. 100.—, Lampertheim B. 100.—, Deuben B. 300.—, Halle a. S. B. 100.—, 23. September: Bremen B. 350.—, Soest B. 50.—, 24. September: Minden B. 800.—, 25. September: Schmöllen B. 200.—, Danabrück B. 200.—, Frankfurt a. D. B. 300.—, Scharmbeck B. 200.—, Seesen B. 75.—, 26. September: Burgbamm B. 350.—, Eigerweier B. 50.—, Effenberg B. 65.—, Hamburg B. durch H. Rogge von den Tabakarbeitern und Arbeiterinnen der G. G. Tabakbranche 50.—
Bremen, den 29. September 1913.
W. Nieber-Welland, Kassierer.

Gestorben:

Am 26. September zu Detinghausen (Bahlke Herringhausen) Frau Gernermann aus Detinghausen, 35 Jahre alt.
Am 26. September zu Bodenben Heinrich Sauer, 47 Jahre alt.
Am 26. September zu Hanau Konrad Gräbener, 67 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen nur noch die Punkte: Vereinfachung der Berichterstattung und Vereinfachung der internationalen Gewerkschaftsstatistik, da der weiter vorgesehene Punkt betr. den Anschluß an die Berufssekretariate schon durch die vorhergehende Konferenz der Landeszentralen erledigt worden war.

Nach einem einleitenden Referat von Baumeister (Internationales Sekretariat) wird von allen Seiten die Notwendigkeit einer besseren Berichterstattung betont und eine Reihe wertvoller Anregungen gegeben. Von den Bergarbeitern wird besonders eine regelmäßige Berichterstattung über den Stand des Arbeitsmarktes in allen Ländern gefordert. Eine längere Debatte entspinnt sich über ein statistisches Formular, das eine einheitliche Statistik aller Verbände ermöglichen soll. Die meisten Redner sind der Meinung, daß das vorgelegte Formular, das schon in der Transportarbeiter-Internationale Verwendung findet, gar zu umfangreich sei. Man einigt sich schließlich dahin, eine statistische Kommission, bestehend aus den Herren Fochade, Leipzig und Sassenbach-Berlin, zu beauftragen, in Verbindung mit dem Internationalen Bureau ein einheitliches Formular für alle Berufssekretariate herzustellen. Schlichte stellt dann fest, daß in Anbetracht des Nutzens, den eine gemeinsame Arbeit der Landeszentralen mit den internationalen Berufssekretariaten bringen muß, die Berufssekretäre wünschen, auch zu den zukünftigen Konferenzen der Landeszentralen eingeladen zu werden. Zwar sei der Besuch der Konferenz in San Francisco mit großen Schwierigkeiten verbunden, doch hoffe er, daß auch diese überwinden werden können. Nach einer anfeuernden Schlußrede des Vorsitzenden wurde die Konferenz geschlossen.

Berichte.

Wielrich. Mitgliederversammlung vom 15. September. Tagesordnung: 1. Gaukonferenz; 2. Parteibericht. Von der Gaukonferenz erteilt Kollege Heß Bericht. Er stellt die Verhandlungen auseinander; vor allem dürfe man den Verband nicht nur als Unterstützungsverein betrachten; wenn wir auch ferner Wert auf Kranken- und Arbeitslosenunterstützung legen, so kommt es doch in der Hauptsache auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an. Was in Heidelberg beschlossen sei, muß eigentlich jedes Mitglied als richtig anerkennen. Ein Verband könne seiner wirklichen Aufgabe nicht gerecht werden, wenn er einen so großen Teil für Unterstützungen ausbebe, wie wir es im letzten Jahre getan hätten. Nicht mit Kleinigkeiten empfindungen sollen wir unserer großen Sache gegenüberstehen, sondern tüchtig mithelfen, daß es hier und überall besser werde. Zur Stärkung und Aufklärung sei es nötig, mindestens allmonatlich eine Mitgliederversammlung abzuhalten. Den Darlegungen des Kollegen Heß wurde einstimmig zugestimmt.

Gaul. Es recht mühselige Zeiten sind es, die die Tabakarbeiter augenblicklich in trübe Stimmungen versetzen. Die allgemeine Lage in der Tabakindustrie ist bekanntlich schlecht, aber die Kollegen und Kollegen, die bei der Firma Bartel & Nachb. hier, das zweifelhafte Glück genießen, in Arbeit zu stehen, haben insbesondere ihre Kot. Dem Verhalten dieser Arbeiter nach weiß man freilich nicht, wie man urteilen soll. Entweder haben die dort bestehenden Verhältnisse die Arbeiter schon so abgestumpft, daß sie selbst ihr trauriges Los mit Geduld tragen, oder aber ihre Angst ist so groß, daß sie gegenüber dem Aufrechten des Werkführers jenseits sich als unterwürfige Lohnsklaven fühlen. Bei der betreffenden Firma ist es gang und gäbe, daß bei geringen Löhnen schlechtes Material verarbeitet wird; dabei darf niemand es wagen, bei Strafe der Entlassung, auch nur bescheiden ein Mißbehagen darüber auszusprechen. Es ist standards, mit welchen Gewaltmaßnahmen der bereits genannte Werkführer jenseits vorgeht. Hier ein Beispiel davon: Laut Arbeitsordnung ist es verboten, während der Arbeit zu singen oder zu pfeifen. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß in einer Fabrik, in der 30 Personen beschäftigt sind, sich nicht schon anhört und störend wirkt, wenn jeder seine eigene Melodie zum Besten geben wollte. Aber wenn ein Kollege zur Mittagszeit beim Reinigen seines Platzes ein Liedchen vor sich hinpfeift, so ist das wirklich nicht so ein Verbrechen, daß der Werkführer nötig hat, den Arbeiter im Kasernenhofen anzufahren, daß die Fabrik wackelt. Es wirkt empörend, wenn man als Unbeteiligter solchen Standalones beimwohnen und die Ausdrücke anhören muß. Eine Frage, Herr Zeitsche: Wären Sie sich wirklich ein, daß Sie dadurch Ihre Autorität heben? Oder meinen Sie, daß das Ansehen der Firma, das bei den Arbeitern ohnehin nicht sehr hoch ist, gebessert wird? Das Gegenteil dürfte eher der Fall sein. Ja, ja, Herr Zeitsche, Sie haben vieles vergessen, aber der Tag wird kommen, wo es mit Ihrer „Autorität“ zu Ende ist.

Brieg. Am 22. September fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Die Beschlüsse des Heidelberger Verbandstages, Referent Gauleiter Clement; 2. Bericht von der Gaukonferenz. Kollege Clement führte den Anwesenden die Notwendigkeit der Reorganisation des Verbandes vor Augen; endlich sei einmal eine wirkliche Kampfesorganisation geschaffen worden. Redner bemerkte auch, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Brieg auch nicht die besten sind. Seit 1909 sind die Löhne durch Einführung schlechten Materials, sowie durch ungeheuren Druck beim Materialverbrauch bedeutend zurückgegangen. Und um unsere Lage einmal zu verbessern, heischen wir auch einer finanziell kräftigen Organisation. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Verbandstages voll und ganz einverstanden, und wird auch fernerhin für die Ausbreitung der Organisation Sorge tragen.“ Kollege Klieff betont in seinem Bericht von der Gaukonferenz, daß alljährlich im Februar und November Hausorganisationen im Gau stattfinden müssen. Auch hat eine Neuorganisation des Arbeitsnachweises stattgefunden und werden die Mitglieder aufgefordert, sich strikte an denselben zu halten. Zum Schluß forderte Kollege Klieff auf, treu zur Organisation zu halten; wenn auch gegenwärtig die Konjunktur eine schlechte ist, so wird die Zeit doch kommen, wo auch wir uns menschenwürdiger Zustände schaffen werden.

Frankenstein. Von der Zahlstelle Frankenstein geht uns ein Schreiben zu, das sich gegen die auf der Gaukonferenz in Breslau aufgestellte Behauptung richtet, der Schreiber der Frankenstein Berichte sei kein Mitglied des Verbandes. Da der Tabak-Arbeiter die Behauptung im Bericht über die Konferenz brachte, druden wir bei darauf bezüglichen Teil der Zuschrift nachstehend ab. Den übrigen Teil der Zuschrift abgedruckt, haben wir keine Ursache. Die Frankenstein müssen sich merken, daß es ein für allemal aufgehört, im Tabak-Arbeiter in der Weise zu polemisieren, als es vor dem Verbandstag geschah. D. Red. Die Mitglieder hiesiger Zahlstelle erheben Protest gegen die „Feststellung“ des Kollegen Clement auf der Gaukonferenz in Breslau, daß der Schreiber unserer Berichte unorganisiert ist. Wahr ist, daß der Kollege zurzeit wegen eines schweren Herzeleidens außerhalb des Berufes steht. Laut Statut jedoch als Mitglied zu gelten hat. Wahr ist ferner, daß selbiger Kollege stets für Verbesserung der Lebenslage der Tabakarbeiter in Wort und Schrift im Rahmen des Verbandes eingetreten ist und nach Möglichkeit auch heute noch eintritt, was wohl Kollegen Clement kein Geheimnis ist.

H Besonders billige Decken F

Auszug aus meinem September-Katalog

Sumatra

- | | |
|-----------------------------------------------------------------|----------------------|
| 1962. Lochblatt 3. Länge, matte Farben, sehr blattig..... | verzollt
Mk. 1.80 |
| 1965. Lochblatt 1. Länge, matter Linksroller, wenig Stück | Mk. 2.10 |
| 1946. Vollblatt 2. Länge, edel, lebhaft hell | Mk. 2.10 |
| 1910. Vollblatt 3. Länge, gute matte Farben, zart | Mk. 2.25 |
| 1902. Vollblatt 2. Länge, hell etwas, Spickel | Mk. 2.40 |

Vorstenlanden

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------|----------------------|
| 1930. Lochblatt 1. Länge, heller Rechtsroller, reine Farben | verzollt
Mk. 2.00 |
| 1769. Vollblatt, 2. Länge, zarter Linksroller, sehr breit, sehr deckfähig .. | Mk. 2.20 |

Java

- | | |
|-----------------------------------------------------|----------|
| 1978. Vollblatt 3. Länge, gross, matte Farben | Mk. 2.20 |
| 1972. Vollblatt 1. Länge, zart, mattbraun | Mk. 2.30 |

Ein Versuch wird Sie von der Preiswürdigkeit der Tabake überzeugen!

Gebrauchte
Wickelformen
Riesenauswahl!
Billige Preise!

Heinrich Franck

Berlin N. 54
:: Brunnen-
Strasse 22

Gegründet 1879

Postscheckkonto: Berlin 1738

Telephon: Amt Norden 4352

Wägener & Co., Bremen

Georgstrasse Nr. 12

empfehlen aus der grossen Auswahl ihrer Rohtabake als besonders preiswert und gut:

- | | |
|--------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------|
| Sumatra-Decke, Rollblatt, 2er, hellbraun M. 1.60 | Java-Umblatt, sehr fein und leicht M. 1.30, 1.40, 1.50 |
| 2er, hellmattbraun M. 2.20 | Java-Einlagen, f. Qualitäten, M. —.90, 1.—, 1.10, 1.20, 1.30 |
| 1er, hellmatt, lebhaft M. 3.20 | St. Felix-Brasil |
| 1er, hellmatt M. 3.80 | Einlagen M. 1.40, 1.50, 1.60 |
| 1er, mattfahl M. 4.50 | Decken, M. 2.00, 2.20, 2.50 |
| 2er, mausgrün, Sandbl. M. 7.50 | Havana-Einlagen M. 3.— |
| 2er, mausgrün, Sandbl. M. 10.— | und feine leichte Blätter 1.50 |
| 1. Länge Borneo-Decke, hochfein M. 4.—, 5.— | Manila M. 1.—, 1.10 |
| Vorstenlanden-Decke M. 1.70 | Domingo M. —.90, 1.00, 1.10 |
| 2.—, 2.10, 2.40, 2.80 | und ff. Umblatt 1.30 |
| Sumatra-Umblatt | Carmen M. 1.—, 1.10, 1.20, 1.30 |
| 3er, leicht und reif, M. 1.50 | Befonders gutes Lesgut für 95 % ferner Ia. Mischung mit Brasil M. 1.— |
| 4er, leichtes mattes Blatt, M. 1.25 | |
- Versand nur gegen Nachnahme. Preisliste auf Wunsch.

Borrmann & Spedit

Rohtabak • Bremen

empfehlen in hervorragenden Qualitäten und sehr preiswert:

- | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Sumatra-Decker, 2. Länge Rollblatt, mittelfarbig und von großer Deckkraft, Pfb. 2.45 M., hellfarbig und leicht, sehr fein, Pfb. 2.80 M. |
| Vorstenland-Decker, hellfarbig, sehr leicht, Pfb. 2.90 u. 3.15 M. |
| Felix-Decker, das Feinste in Brand u. Aroma, Pfb. 2.60 u. 2.95 M. |
| Als Ersatz für Brasil-Decker allerfeinste dunkle Vorstenland-Decks größte Deckkraft, Pfb. 1.90, 2.10 M. |
| Carmen-Umblatt Ia. Ia., das Beste, was es hierin gibt, großes, volles, zartes Blatt, Pfb. 1.60 M. |
| Domingo-Umblatt, sehr zu empfehlen, Pfb. 1.45 M. |
| Domingo-Umblatt und -Einlage, trocken und leicht, Pfb. 1.15 M. |
| Java-Umblatt, beste Qualität, großes volles Blatt, Pfb. 1.40 M. |
| Java-Einlage, sehr blattig u. feinschmeckend, Pfb. 1.15, 1.25 M. |
| Havana-Valeta Pfb. 3.10, 3.75 M. |
| Yara-Cuba (fauc) Pfb. 2.50, 2.70, 2.90 |
| Brasil-Umblatt und -Einlage, sehr fein im Geschmack, Pfb. 1.60 M. |
| Losgut 95 %, 1 M., Original-Mischung 1.10, 1.15, 1.20 M. |
- Die Preise verstehen sich per Pfund verzollt, einschließlich Verzoll.
- Versand nur gegen Nachnahme.

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482

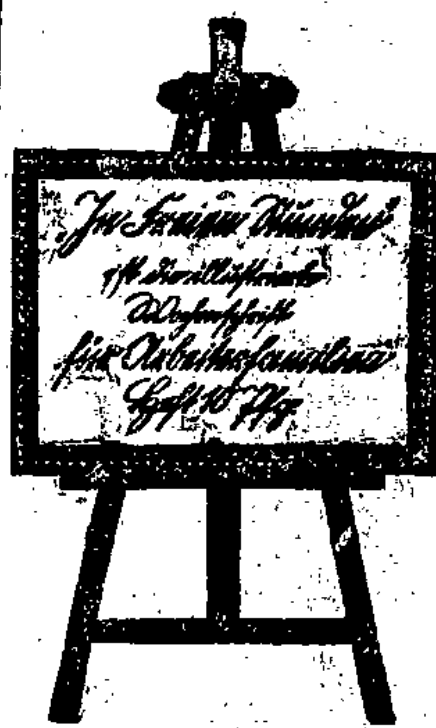
— anerkannt reelle, billige — Bezugsquelle sämtlicher Tabake empfiehlt

- | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Sumatra-Decker (schneeweiß) Brand) 180, 200, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500 M. |
| Sumatra-Umblatt (Rollblatt) 140, 150, 160, 170 M., Stübblatt 180, 140, 150 M. |
| Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350 M., (mittel) 200, 230, 240, 250 M. |
| Java-Umblatt (leicht, flottbrennend) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 M. |
| Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115 M. |
| Vorstenland-Decker 180, 200, 220, 240, 260, 270, 300, 320, 350 M. |
| Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240 M. |
| Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170 M. |
| Geschüttelte Einlage 110 M. |
| Carmen-Umblatt 105, 110, 120, 130, allerfeinstes Umblatt 140 M. |
| Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130 M. |
| Seedleaf 110, 120 M. |
| Losgut (blattig) 95, 100 M. |
| Original-Mischung 105, 110, 120 M. |
| Havana 150, 200, 250, 300, 400 M. |
| Decker 650 M. |
| Yara-Cuba (fauc) 180, 200, 250 M. |

Jacob Hirsch jr.

Mannheim B. 1, 9. [10

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen. Versand nur gegen Nachnahme.



Hermeking & Boy

Berlin, Brunnenstrasse 183

Besonders preiswertes Angebot:

Sumatra-Vollblatt-Decken

- | | |
|-------------------------------------------------------|----------|
| Hochfeine fahle 2. Länge, sehr grosse Deckkraft | à 700 M. |
| Hochfeine lebhaft 2. Länge | à 600 M. |
| Hochfeine elegante 2. Länge | à 550 M. |
| Hellfarbige 2. Länge, grosse Deckkraft | à 300 M. |
| Linksroller, 2. Länge | à 250 M. |
| Linksroller, 3. Länge | à 250 M. |

Vorstenland- und Java-Decken

- | | |
|----------------------------------------------------|----------|
| Kehrdecker, ganz fahl, sehr grosse Deckkraft | à 400 M. |
| Kehrdecker 2. Länge, duffe Farben | à 300 M. |
| Kehrdecker 3. Länge, lebhaft Farben | à 200 M. |
| Kehrdecker 2. Länge, durchweg matte Farben | à 200 M. |

Sumatra- und Vorstenland-Umblatt

schönes Material, sehr ergiebig

à 160 und 180 M.

sowie in allen anderen Sorten zu allerbilligsten Tagespreisen.

Verlangen Sie Remusterung.

Rohtabakgeschäft Otto Brandes

BREMEN, Weststrasse 98

Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake zur Zigarrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. Versand nur per Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3948 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3948

- empfehlen in bekannter Preiswürdigkeit:
- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------|
| Sumatra-Decker, Rollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 M. | Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400 M. |
| Sumatra-Umblatt, Rollblatt, 155, 180 M. | Havana 200, 250, 300, 400 M. |
| Java-Decker bunt 220 M., hell 290, 320, 300, 320 M. | Decker 700 M. |
| Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 M. | Yara-Cuba 200, 220 M., feine Qualität |
| Java-Einlage 95 M., mit Umbl. 110, 120, 130 M. | Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 M. |
| Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320 M. | Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 M. |
| Brasil-Decker 175, 200, 210 M. | Domingo-Umbl. 110, 120, 130 M. |
| Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 M. | Domingo-Einlage und Umblatt 100 M. |
- neu und gerührt in allen Fassons von 50—150 M.
- Schiffchen-Abdrücke versende gratis und franco.
- Neu, schmelzestabile Formpressen mit Flächgenosse, besonders für geräucherter für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. Gummi-Tragant, allerfeinste Ware, größte Klebkraft, per Pfd. 250 M. Zigarrenband pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 180 M. Bastbandband, grün und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 M. [9
- Preis per Pfund verzollt, einschließlich Verzoll. Versand nur unter Nachnahme.

Geldnot

ist das allgem. Uebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so sparen Sie am rechten Fleck. In dem Kleiderhaus M. Diamond München, Buttermeierstrasse 5 erhalten Millionären, Kavaliere, Doktoren nur wenig getrag. reinwollene massgearbeitete Herrenkleider. Verlangen Sie kostenlos meinen Katalog Nr. 38 und Sie werden daraus ersehen, welche grossen Vorteile ich jedem Mann biete.

Kein Risiko! Da ich für nichtkonvenierende Waren anstandslos das Geld zurück erstatte oder bereitwillig auf Wunsch umtausche

Alles, gutgehend. Zigarrengeschäft mit eigener Zigarrenfabrikation, ohne Konkurrenz, in nächster Umgebung einer Großstadt, guter Detail- und Engrosmarkt, wegen eines anderen Unternehmens zu verkaufen. Erforderlich 1600 bis 1800 M. (inkl. Waren). Für alleinstehenden Kollegen oder Kollegen sehr gut passend. Off. unt. J. K. 1877 an Dt. Franz, Leipzig-Platz, Merseburgerstr. 60 II.

Gelene Tabak-Arbeiter

bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unmorgensierte Kollegen weiter.

Hans Biron aus Altona,

wo steckt Du? Um Deine Adresse Deine Kollegen der Zigarrenfabrik Hoffmann & Kaffedella, Baselwald.

Unsern werthen Kollegen Artur Demuth nebst Familie rufen wir bei ihrer Abreise nach Sprottau (Schles.) ein herzliches Lebenswohl zu Die Kollegen und Kollegen der Zigarettenfabrik Gung Casper, Ohlau.

Unsern werthen Kollegen und 1. Bevollmächtigten Emil Pöls

zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen von Oberottendorf, Verhät.

Unsern Kollegen Reinhold Klippich die besten Glückwünsche zu seinem am 29. September d. J. stattgefundenen 25jährigen Verbandsjubiläum. Die Kollegen der Zigarrenfabrik Gung Casper, Ohlau.

Unsern Kollegen Heinrich Beckmann nebst Frau die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer am 5. Oktober stattfindenden Hochzeit. Die Kollegen und Kolleginnen der Zigarettenfabrik.

Briefkasten.

- | |
|-----------------|
| Leipzig 420 M. |
| Treffurt 60 M. |
| Strehlitz 80 M. |
| Baselwald 70 M. |
| Ohlau 80 M. |